



FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

4. Jahrgang
Nr. 100, August/2 2018

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

.....
Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!
.....

Sich selbst verwirklichen ...

Achim Wolf, Deutschland

Sich selbst zu verwirklichen heisst in keiner Weise, dass man dabei auf die Beziehungen zu anderen Menschen verzichten, diese vernachlässigen oder sogar beschädigen oder beenden muss. Meines Erachtens ist es die Pflicht jedes einzelnen Menschen, sich selbst zu verwirklichen. Sonst wird er unzufrieden mit sich selbst und terrorisiert letztendlich seine Umwelt, wird unausgeglichen, aggressiv und gewalttätig.

Jeder Mensch, ob Frau, Mann oder Kind, sollte ein Leben lang in sich hineinhorchen, um die innere Stimme zu hören, auf seine Bedürfnisse, Anlagen und Wünsche eingehen und herausfinden, was er wirklich vom Leben resp. von sich selbst erwartet und was er verwirklichen bzw. in die Tat umsetzen möchte. Nur so wird ein Mensch glücklich, zufrieden und ausgeglichen in sich selbst. Dies ist die Form des gesunden Egoismus, der nicht negativ ausgeartet ist und in keiner Weise auf Kosten der Umwelt resp. der Mitmenschen, der Beziehungen, der Familie usw. geht.

Es muss dafür immer wieder in sich hineingehorcht werden, um das wahre innere Selbst zu erforschen und das leise Flüstern des inneren Wesens wahrzunehmen und es zu achten. Der Mensch muss aufwachen und endlich anfangen zu denken. Er muss beginnen, nachzudenken über den Sinn seines Lebens und seinen Wünschen folgen; dann kann er alles erreichen, wovon er träumt. Goethe: «Unsere Wünsche sind Vorgefühle der Fähigkeiten, die in uns liegen, Vorboten desjenigen, was wir zu leisten imstande sein werden.»



Mehr dazu in der kostenlosen FIGU-Broschüre «Selbstverwirklichung durch Anwendung der Geisteslehre» bei <https://shop.figu.org/schriften/gratisschriften/selbstverwirklichung-durch-anwendung-der-geisteslehre?language=de>



Interessantes über die universell-energetischen Musik-Schwingungen

Achim Wolf, Deutschland

Auszug aus dem 620. offiziellen Kontaktgespräch vom 23. April 2015

Billy Ach so, bin wohl etwas verwirrt infolge meines gesundheitlichen Schadens, der nun rund einen Monat anliegt. Dann können wir ja heute noch zwei oder drei Worte reden, die sich auf die Klänge, Töne und Musik in der Natur beziehen, eben dass es so ist, dass auch alle sonstigen Lebewesen davon betroffen sind und gar alle grob- und feinstoffliche Materie sowie alles Feinststoffliche in aller universellen Weite. Durch diese Klang- und Ton-Schwingungen bewegen sich auch alle Pflanzen und alle Lebensformen überhaupt, wie auch alle Atome und alle noch winzigeren Stoffe, wie auch alle Planeten, Sonnen, Kometen, Meteore, Nebel und Asteroiden usw., wodurch sie je auf ihre Art abgestimmt eine Art Musik erzeugen, was ich als gesamt-universelles musikalisches Rauschen und Summen bezeichnen will, wobei dadurch auch eine gewisse Heilkraft in mancherlei Hinsicht ausgeströmt wird. Also wird auch jede Lebensform, egal welcher Gattung oder Art, von diesen universell-energetischen Musik-Schwingungen zusammen mit der kosmisch-elektromagnetischen Lebensenergie getroffen und sendet ihrer eigenen Individualität gemäss harmonische oder disharmonische Klänge und Töne aus, die ich also als eine Art Musik bezeichnen will. Schon dein Vater Sfath hat mir all das in dieser Weise erklärt.

Auszüge aus dem Internetz:

432Hz-Musik – der göttliche Ton?

Seit einigen Jahren wird in der musikalischen und der esoterischen Szene vermehrt über sogenannte 432Hz Musik diskutiert. Einige Menschen schreiben dieser Art der Musik besondere heilende Kräfte zu, andere finden den wissenschaftlichen und musikalischen Aspekt daran interessant. Hier schaffen wir einen einfachen Überblick über dieses durchaus kontroverse und komplizierte Thema.

Um sich der Thematik des 432 Hertz-Tunings zu nähern, wollen wir vorab einige Begriffe erklären:

1. Hz (Hertz)

Hz ist das Einheitssymbol für die physikalische Grösse Frequenz und gibt die Anzahl sich wiederholender Vorgänge (z.B. Schwingungen oder Impulse) pro Sekunde an. Die Einheit wurde 1930 nach dem deutschen Physiker Heinrich Hertz benannt. Der Hörbereich des Menschen liegt z.B. im Frequenzbereich zwischen 16 Hz bis 20 000 Hz.

2. Der Kammerton

Der Kammerton ist die Tonhöhe, bzw. der Bezugston, von dem aus alle anderen Töne z.B. eines Instruments gestimmt werden. Für die einheitliche Stimmung nutzen Musiker- oder Chorleiter-innen z.B. Flöten oder Stimmgabeln in der jeweiligen Kammertonhöhe. Die Stimmgabel wurde 1711 von John Shore erfunden.

Wenn man von 432Hz-Musik spricht, ist Musik gemeint, die nach dem Kammerton A auf 432Hz gestimmt ist. In der westlichen Musik stimmt man den Ton A seit 1939 einheitlich auf die Tonhöhe von 440Hz.

3. Die Oktave

Als Oktave (lateinisch octava «die Achte») wird in der Musik ein Intervall, der Abstand zwischen acht Tönen einer Tonleiter bezeichnet. Ein Beispiel einer Tonleiter könnte z.B. die C-Dur-Tonleiter sein. Sie beginnt mit dem Ton C1 und endet mit dem eine Oktave (8 Tonschritte) höher liegenden C2: c, d, e, f, g, a, h, c. Das Frequenzverhältnis zwischen dem tiefem C und dem hohen C2 ist dabei exakt 1:2.

Der Ursprung des 432Hz-Kammertons liegt zwischen Sonne und Erde

Der Ursprung der 432Hz-Stimmung liegt in der Beschäftigung einiger Menschen mit den sogenannten Planetenklängen und Planetenschwingungen. Hierbei geht es darum, die Umlaufbahnen der Planeten in Frequenzen umzuwandeln und diese mit den Frequenzen von Tönen gleichzusetzen. Da die Frequenzen eines Umlaufzyklus ausserhalb des menschlichen Hörvermögens liegen, werden sie so lange um jeweils eine Oktave erhöht, bis ein für das menschliche Ohr gut wahrnehmbarer Ton entsteht.

Bereits in der Antike wurden Planetenklänge und Planetenschwingungen u.a. vom Philosophen Pythagoras erforscht und unter dem Begriff «Sphärenharmonie» beschrieben. Für ihn und seine Anhänger beruhte die irdische Musik auf Zahlen und war eine Nachbildung der «himmlischen» Musik.

Im 16. Jh. veröffentlichte der Physiker, Mathematiker, Theologe und Astronom Johannes Kepler in seinem Werk «Harmonices Mundi» (Harmonik der Welt) Gesetzmässigkeiten für die Berechnungen der Umlaufbahnen der Planeten um die Sonne (die Keplerschen Gesetze). Für den Theologen lag in seinen Gesetzen die Enthüllung einer musikalischen und göttlichen Harmonie.



Spezielle Information hierzu: BEAM sagte im Juli 2018 auf eine diesbezügliche Frage, dass es einen durchaus realistischen Zusammenhang zwischen dem sogenannten «göttlichen Ton» resp. dem «schöpferischen Ton» und der sogenannten 432-Hertz-Musik gibt.

Behauptungen von Rahmenvertrags-Befürwortern

20.07.2018, 11:17 von schweizerzeit 20.07.2018

Der EU-Rahmenvertrag: Behauptungen und Fakten (13)

Vor allem Economiesuisse behauptet, aus wirtschaftlichen Erwägungen würde «die Wirtschaft» nahezu geschlossen den Anschluss der Schweiz an den EU-Rahmenvertrag befürworten.

Ihre befürwortende Argumentation ist allerdings dürftig. Wobei zu beachten ist, dass Economiesuisse hauptsächlich als Stimme der grossen, meist international tätigen Konzerne – oft unter ausländischer Führung – auftritt, weit weniger als Vertreterin von KMU- und Gewerbebetrieben.

Bilateralismus

Behauptung: *Mit dem Rahmenvertrag werde der bewährte bilaterale Weg mit der EU konsolidiert und damit gestärkt.*

Das Gegenteil ist der Fall: Der Rahmenvertrag verlangt von der Schweiz die automatische Übernahme von allen EU-Beschlüssen und EU-Gesetzen, welche Brüssel als «binnenmarktrelevant» einstuft.

Ausserdem hat sich die Schweiz dem EU-Gerichtshof als oberster, nicht mehr anfechtbarer Gerichtsinstanz zu unterziehen bei Meinungsverschiedenheiten zur Auslegung von bilateralen Verträgen. Damit wenden fremde Richter fremdes Recht über die Schweiz an. Kann die Schweiz ein Urteil des EU-Gerichtshofs – wenn dieses zum Beispiel in Widerspruch steht zu einem Volksentscheid in der Schweiz – nicht übernehmen, muss sie der EU Sanktionen, also Strafmassnahmen gegen die Schweiz formell zubilligen.

Der Rahmenvertrag ist damit ein Unterwerfungsvertrag. Er verurteilt die entrechtete Schweiz zur Zwangsheirat mit der EU-Bürokratie.

Der Rahmenvertrag zerstört den bilateralen Weg – weil er die Schweiz zur reinen Befehlsempfängerin abwertet und ihr damit Gleichberechtigung – Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe mit der Vertragspartnerin EU – verweigert. Der Rahmenvertrag ist – wie bereits der von Volk und Ständen 1992 abgelehnte Beitrittsvertrag zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – ein Kolonialvertrag. Ein Kolonialvertrag ist schlimmer als eine Fusion. Indem sich die Schweiz dem EU-Gerichtshof zu unterziehen hat, zerstört der Rahmenvertrag auch die auf der Volkssouveränität beruhende direkte Demokratie. Der EU-Gerichtshof kann jeden Schweizer Volksentscheid korrigieren, in sein Gegenteil verkehren oder auch annullieren.

Selbst Jakob Kellenberger, der als Staatssekretär die Bilateralen I mit der EU ausgehandelt hat und persönlich überzeugter Befürworter des EU-Vollbeitritts der Schweiz ist, setzt Fragezeichen hinter den von der EU angestrebten Rahmenvertrag, insbesondere zur damit verbundenen Unterstellung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof. Kellenberger wörtlich:

«Wir müssen uns fragen, was der Mehrwert ist. Die Streitfälle in den bestehenden Verträgen kann man problemlos in den gemischten Ausschüssen behandeln. Kurzum: Ich bin nicht überzeugt von der Notwendigkeit eines solchen institutionellen Abkommens».

Verknüpft mit anderen Verträgen

Behauptung: *Mit den Abkommen der Bilateralen I seien viele weitere Verträge direkt oder indirekt eng verknüpft. Insbesondere sei das Personenfreizügigkeitsabkommen wichtige Voraussetzung für das Studentenaustauschprogramm «Erasmus» sowie für Schengen/Dublin.*

Tatsächlich nutzte die EU das Erasmus-Programm vertragsverletzend für erpresserische Schikanen zulasten der Schweiz als EU-Antwort auf den Schweizer Volksentscheid gegen die Masseneinwanderung. Die teilweise Suspendierung von Vereinbarungen im Forschungsabkommen sind als Vertragsbruch bezüglich des Forschungsabkommens zu werten, dessen Bestimmungen die Schweiz immer erfüllt hat.

Tatsache dazu ist: Wenn die Schweiz den Austausch von Studenten mit ausländischen Hochschulen (vor allem mit den führenden Hochschulen ausserhalb der EU) mit den durch möglichen Ausschluss von EU-Programmen eingesparten Finanzmitteln eigenständig organisiert und finanziert, kann mindestens ein gleich grosser Studentenaustausch sichergestellt werden wie mit dem Erasmus-Programm.

Das Vertragswerk Schengen/Dublin ist beim ersten grösseren Ansturm keineswegs asylberechtigter Migranten regelrecht zusammengebrochen. Der Schutz der EU-Aussengrenze hat nicht stattgefunden. Jene Staaten in Osteuropa, die den Zustrom asylrechtsmissbrauchender Wirtschaftsmigranten aus Nahost und Schwarzafrika unterbinden, stehen heute unter Dauerkritik von Seiten Brüssels.

Schengen/Dublin ist – ohne dass eine formelle Beschlussfassung dazu erfolgt wäre – in einen Verteilmechanismus für illegale Einwanderer nach Europa umgewandelt worden. Diese eigenmächtige Umwandlung, vorgenommen durch die EU-Bürokratie unter dem Druck Deutschlands, gefährdet die Schweiz enorm. Als Land mit den höchsten Sozialleistungen wird sie zum Magneten für illegale Einwanderer in ihre Sozialwerke.

Zugang zum Binnenmarkt

Behauptung: *Die Bilateralen I würden der Schweiz den Zugang zum Europäischen Binnenmarkt sichern.*

Diese Behauptung ist falsch. Der Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt und der Zugang der EU zum Binnenmarkt Schweiz wurden geregelt im Freihandelsabkommen von 1972. Die Schweiz ist nicht Mitglied des EU-Binnenmarkts. Gemäss Freihandelsabkommen 1972 garantieren sich EU und Schweiz aber den gegenseitigen Zugang zu ihren Binnenmärkten – wobei die für beide Binnenmärkte geschaffenen Regulierungen mitsamt Gerichtshoheit über diese Regulierungen nicht übernommen werden mussten.

Allfällige Meinungsverschiedenheiten über den gegenseitigen Zugang zu den Binnenmärkten werden behandelt und geregelt von einem dafür geschaffenen, paritätisch zusammengesetzten Gemischten Ausschuss.

Der Gemischte Ausschuss stellt seit Jahren fest, dass das Freihandelsabkommen zu beidseits voller Zufriedenheit funktioniert. Keine Seite, weder die EU noch die Schweiz haben je Erwägungen geäussert, wonach dieser Vertrag gekündigt werden sollte.

Die Bilateralen I regeln Einzelfragen, nicht aber den Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt. Diese Einzelfragen sind nicht unwichtig, erreichen allerdings längst nicht die Bedeutung des Freihandelsvertrags von 1972. Der Freihandelsvertrag von 1972 untersteht keinerlei Guillotine-Klausel.

Der bilaterale Weg

Behauptung: *Die Bilateralen I seien zentraler Teil des bilateralen Wegs zwischen der Schweiz und der EU.*

Weit wichtiger für den bilateralen Weg ist das Freihandelsabkommen 1972.

Von zentraler Bedeutung ist die Tatsache, dass der Rahmenvertrag, so wie ihn die EU der Schweiz aufzwingen will, den bilateralen Weg zerstört.

Bilaterale Verhandlungen finden zwischen gleichberechtigten Partnern auf gleicher Augenhöhe statt. Der Rahmenvertrag verlangt von der Schweiz indessen die automatische, widerspruchslöse Übernahme von EU-Beschlüssen, welche Brüssel aus eigenem Ermessen als «binnenmarktrelevant» einstuft.

Wirtschaftsaustausch

Behauptung: *Seit die Bilateralen I den Schweizer Unternehmen den Zugang zur EU vereinfachen, würden Schweizer Betriebe Milliarden von Franken mehr auf dem europäischen Binnenmarkt erwirtschaften.*

Selbstverständlich ist der wirtschaftliche Austausch zwischen der Schweiz und der EU nach Abschluss der Bilateralen I nominell gewachsen. Tatsache ist aber auch: Die Europäische Union verliert als Handelspartnerin für die Schweiz von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Bei Abschluss der Bilateralen I betrug der Anteil der EU am gesamten Handelsaustausch der Schweiz noch 66%. Heute erreicht er noch knapp 50%. Scheidet Grossbritannien aus der EU aus, sinkt er gar auf weniger als 40%.

Markant gewachsen ist im Gegensatz dazu der Handelsverkehr sowohl zwischen der Schweiz und Fernost als auch zwischen der Schweiz und den USA. Die Zukunftsmärkte der Schweiz liegen damit sichtbar ausserhalb der Europäischen Union.

Die Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen der Schweiz und der EU spiegelt die Tatsache, dass der Anteil der Europäischen Union am Bruttoinlandprodukt im weltweiten Vergleich von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Sparpotential

Behauptung: Industrieunternehmen würden dank dem Vertrag über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse 200 bis 500 Millionen einsparen, weil dank diesem Vertrag für jedes Produkt eine einzelne Stelle die Produkte-Zertifizierung für den ganzen EU-Raum (inkl. Schweiz) vornimmt.

Das ist eine mit der Realität wenig vertraute, weit übertriebene Behauptung. Zunächst gilt: Jedem Unternehmen, wo immer es seinen Standort hat, steht immer die Möglichkeit offen, seine Produkte von einer EU-Zertifizierungsstelle beurteilen zu lassen. Deren Zertifikat ist im gesamten EU-Raum gültig.

Der Schweiz steht es im übrigen völlig frei, eigenständig festzulegen, dass jede in der EU vorgenommene Zertifizierung automatisch auch für die Schweiz gilt. Diese Regelung kann unabhängig von jeglichem Abkommen getroffen werden.

Zudem ist seit langem, bereits lange vor Abschluss des Vertrags über technische Handelshemmnisse, Tatsache: Eine der wichtigsten EU-Zertifizierungsstellen befindet sich in der Schweiz, nämlich in Thun.

Käse-Export

Behauptung: Seit Verabschiedung der Bilateralen I würden die Bauern viel mehr Käse nach Europa verkaufen als zuvor.

Das trifft durchaus zu. Aber weit stärker ins Gewicht fällt, dass seit Inkrafttreten des Landwirtschaftsabkommens weit mehr ausländischer Käse auf dem Schweizer Markt abgesetzt wird, als Schweizer Käse im EU-Ausland verkauft werden kann.

Das Bauernsterben in der Schweiz konnte durch den Landwirtschaftsvertrag mit der EU keineswegs gestoppt werden.

Zugang zu öffentlichen Aufträgen

Behauptung: Schweizer Unternehmen hätten dank des bilateralen Vertrags über das öffentliche Beschaffungswesen weit bessere Chancen, an öffentliche Aufträge in den EU-Staaten zu gelangen. Diese schreiben Projekte in der Höhe von 425 Milliarden Euro pro Jahr aus.

Das ist Unsinn. Aufgrund des hohen Lohnniveaus in der Schweiz gelingt es bloss sehr wenigen Schweizer Betrieben, öffentliche Aufträge in EU-Staaten zu erhalten. Hingegen bewerben sich Firmen aus dem EU-Ausland höchst erfolgreich um öffentliche Aufträge in der Schweiz. Dies auch deshalb, weil die Schweiz das einzige Land in Europa ist, das bestehende Bestimmungen zum öffentlichen Beschaffungswesen buchstabengetreu erfüllt.

Andere Länder haben Hindernisse aufgestellt, die ausländischen Firmen den Zugang zu ihren Aufträgen der öffentlichen Hand weitgehend verunmöglichen. EU-No

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/behauptungen-von-rahmenvertrags-befuerwortern_208

Verfassungsschutzbericht: Reichsbürger «staatsfeindlich und extremistisch» und bereit für «schwerste Gewalttaten»

Epoch Times; 24. Juli 2018 7:43

Die Zahl der «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Sie werden als «staatsfeindlich und extremistisch» eingestuft.



Reichsbürger geben teilweise ihren deutschen Personalausweis und Reisepass zurück. Foto: iStock

Die Zahl der «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Das berichtet die «Bild» (Dienstausgabe) unter Berufung auf den «Verfassungsschutzbericht 2017», der heute von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, in Berlin vorgestellt wird.

Rund 16 500 Personen zählt der Verfassungsschutz Ende 2017 zu dieser Szene (2016: 10 000 Personen), 900 (2016: 500 bis 600) davon waren Rechtsextremisten, heisst es.

Dreiviertel der Szene (74 Prozent) ist laut BfV männlich und älter als 40 Jahre. Beide Gruppen – die «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» – leugnen laut dem BfV-Bericht jeweils «die Existenz der Bundesrepublik Deutschland» und lehnen zudem das «Rechtssystem» ab.

Die Mitglieder werden daher vom Verfassungsschutz aktuell als «staatsfeindlich und extremistisch» eingestuft. Die Szene birgt laut Verfassungsschutz eine hohe Militanz und beweist dabei neben ihrer «verbalen Aggressivität» auch eine «hohe Affinität zu Waffen».

Sowohl die «Reichsbürger» als auch die «Selbstverwalter» sind laut einer Einschätzung der Sicherheitsbehörde «bereit, ihre Waffen für schwerste Gewalttaten einzusetzen». (dts)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/verfassungsschutzbericht-reichsbuerger-staatsfeindlich-und-extremistisch-und-bereit-fuer-schwerste-gewalttaten-a2500566.html>



13:14 12.01.2018; (aktualisiert 13:26 12.01.2018)

Die Zahl der sogenannten «Reichsbürger» ist deutschen Medienberichten zufolge innerhalb eines Jahres um 56 Prozent gestiegen.

Die Zahl der «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» ist im Januar laut «Focus Online» unter Berufung auf die Verfassungsschutzämter der Bundesländer auf circa 15 600 gestiegen. In Baden-Württemberg beläuft sich ihre Zahl demnach auf 2500, in Nordrhein-Westfalen gibt es 2200 «Reichsbürger», in Niedersachsen 1400 und in Sachsen 1300.

Anfang 2017 hatten die Sicherheitsbehörden noch von 10 000 «Reichsbürgern» in Deutschland gesprochen.



© AFP 2018 / Daniel Karmann / dpa

Nach Polizistenmord: Lebenslange Haftstrafe für «Reichsbürger»

«Focus» zufolge plant eine bewaffnete Gruppe innerhalb der «Reichsbürger»-Szene offenbar den Aufbau einer eigenen Armee. Dies sollen Verfassungsschutzämter in Ostdeutschland beobachtet haben. Gegenüber dem Portal bestätigten auch Sicherheitskreise, dass sich die «Reichsbürger» aus mehreren Bundesländern mit dem Aufbau einer militärischen Organisation beschäftigen.

«Die bereiten sich eigenen Angaben zufolge auf den Tag X vor», so ein ranghoher Beamter zu «Focus».

Die sogenannten «Reichsbürger» meinen, dass das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1871 noch immer bestehe. Einige von ihnen sind rechtsextremistisch orientiert. Die Bundesrepublik existiert laut ihnen nicht als Staat, sondern ist eine Firma.

Im Oktober 2016 hatte ein Anhänger der Reichsbürger in Bayern einen Polizisten erschossen. Seitdem ist die Gruppierung im Visier der Sicherheitsbehörden.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/panorama/20180112319034739-deutschland-reichsbuerger-armee/>

Verfassungsschützer: Reichsbürger-Bewegung hat rund 18 000 Anhänger

Epoch Times; 29. April 2018 11:22

Die Verfassungsschutzbehörden stufen 18 000 Menschen als Anhänger der sogenannten Reichsbürger-Bewegung ein. Die Reichsbürger sind eine in Kleingruppen zersplitterte Szene, die die Bundesrepublik, ihre Institutionen und Gesetze nicht anerkennt. Für viele von ihnen besteht das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fort.

Etwa 950 davon werden von den Behörden als rechtsextrem eingeschätzt, wie ein Sprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) dem *«Tagesspiegel»* (Sonntagsausgabe) sagte. Im BfV-Jahresbericht für 2016 war noch von 10 000 Reichsbürgern mit 500 bis 600 Rechtsextremisten die Rede.

Der Anstieg der Zahlen bedeutet allerdings nicht, dass die Szene auch in dem Masse gewachsen ist. Die Zunahme sei vor allem damit zu erklären, dass den Verfassungsschutzbehörden eine *«weitere Aufhellung»* des Spektrums gelinge, sagte der BfV-Sprecher. Das Bundesamt hatte 2016 mit den Landesbehörden die Beobachtung der Szene intensiviert. Anlass waren schwere Gewalttaten.

Militanz und Bewaffung vieler Reichsbürger bereitet den Behörden Sorge. Immer noch hätten ungefähr 1200 Reichsbürger waffenrechtliche Erlaubnisse, sagte der BfV-Sprecher. Seit Anfang 2017 sei es mit Hilfe des Verfassungsschutzes gelungen, 450 Reichsbürgern die Erlaubnis zu entziehen. (afp)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/verfassungsschuetzer-reichsbuerger-bewegung-hat-rund-18-000-anhaenger-a2412693.html>

Reichsbürger wehren sich gegen Stromzählereinbau – Drei Verletzte

13.07.2018 • 16:58 Uhr; https://de.rt.com/1k98; Quelle: www.globallookpress.com

Sogenannte Reichsbürger haben sich in Baden-Württemberg massiv gegen den Einbau eines neuen Stromzählers gewehrt. Weil Installateure und ein Gerichtsvollzieher nicht weiterkamen, rückte die Polizei an. Drei Beamte wurden bei dem Einsatz in Erlenbach verletzt, wie die Polizei in Heilbronn am Freitag mitteilte.

«Reichsbürger» erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht als Staat an. Dem Grundgesetz, Behörden und Gerichten der Bundesrepublik sprechen sie die Legitimität ab. So akzeptieren sie auch keine amtliche Bescheide. Trotz richterlicher Anordnung wollte die Bewohnerin des Anwesens dem Gerichtsvollzieher und den Installateuren eines Energieversorgers den Zutritt zu ihrem Grundstück verwehren. Als die Polizei anrückte, leisteten mehrere Menschen auf dem Gelände Widerstand. Sie gehören laut Polizei der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene an.

Die Stimmung sei aggressiv gewesen, hiess es. Ein Mann stemmte sich demnach von innen gegen ein Eingangstor und verletzte dabei die Polizisten leicht. Von den acht Menschen, die sich auf dem Grundstück aufhielten, nahm die Polizei die Personalien auf. Diejenigen, die Widerstand leisteten, erwarte nun ein Ermittlungsverfahren, sagte ein Polizeisprecher. Gegen wie viele Menschen genau die Polizei ermittelt, war zunächst nicht bekannt. Die Arbeiter konnten schliesslich den neuen Zähler installieren. (dpa)

Quelle: <https://deutsch.rt.com/newsticker/72908-reichsbuerger-wehren-sich-gegen-stromzaehlereinbau/>

Dazu folgender Auszug aus dem 687. Kontaktgespräch vom Sonntag, 22. Juli 2017, 20.16 Uhr

Billy ... Nun, das Schattenreich der Salafisten, Autonomen, Anarchisten, Kriminellen, Terroristen und Verbrecher reicht in ganz Europa rundum, und dazu gehört auch die Schweiz – leider. Aber wenn man nach Deutschland sieht, dann ist es dort am allerschlimmsten. Man nehme z.B. nur den Fall vom mittelfränkischen Ort Georgensgmünd, wo am 19. Oktober 2016 am frühen Morgen ein schwer und bis an die Zähne bewaffnetes Sonderkommando in das Haus eines Autonomen eindringen wollte, weil dieser waffendrohend querulierte und seinen eigenen «Staat» ausgerufen hatte, den er mit der Waffe in der Hand verteidigte. Also gab es zwischen dem deutschen Staat und seinem «Staat» einen schweren Konflikt mit Waffengang, in dessen Folge der «Eigenstaatler» einen Mann des Sonderkommandos erschoss. Dieser Autonome, ein sogenannter «Reichsbürger», wie sich die Autonomen in Deutschland nennen, hatte sein Haus und Grundstück rundum mit einem dicken gelben Strich markiert, den er als seine «Staatsgrenze» bezeichnete, und die er gegen jeden Eintritt resp. Übertritt in seinen «Staat» mit der Waffe verteidigte. Dabei ging er davon aus, dass nach dem Weltkrieg 1939–1945 weder die NAZIs resp. die Nationalsozialisten noch die Siegermächte die Weimarer Reichsverfassung abgeschafft hatten, folgedem für ihn das NAZI-Reich weiterbestand. Er gehörte zu einer deutschen Organisation, die sich «Reichsbürger» nennen, den deutschen Staat nicht anerkennen, keine Steuern zahlen und sich eigene Ausweise erstellen, im

weiteren aber meist auch ihr Haus und ihre Grundstücke als alternative Staatsgebiete ausrufen. Dies ist in Deutschland jedoch nicht mehr eine harmlose Sache, denn das Ganze ist längst zu einem gefährlichen Konflikt geworden, und zwar besonders seit dem Zeitpunkt, seit sich diese ›Reichsbürger‹ bewaffnet haben und ihre privaten ›Staaten‹ mit Waffengewalt verteidigen. Ein autonomer Deutscher namens Norbert Schittke nennt sich ›Reichskanzler‹ und steht der ›Reichsbürgerbewegung‹ vor, die zur Gruppierung der ›Exilregierung Deutsches Reich‹ gehört. Und über diesen ›Reichskanzler‹, der sich mit Hitler, Merkel, Kohl und Ausserirdischen beschäftigt, gibt es einiges zu berichten, denn er behauptet, dass Angela Merkel die Tochter von Helmut Kohl sei und dass Ausserirdische mit Adolf Hitler auf ihrem Planeten Aldebaran gewesen seien, und das glaubt dieser irre ›Reichskanzler‹ tatsächlich.

In einem Artikel eines ZDF-Reporters, der den ›Reichsbürger‹ und ›Fürstregent‹ Schittke, seines selbsternannten Zeichens ›Reichskanzler‹, besucht hat, ist folgendes nachzulesen:

Er schmückt sich mit Titeln und tritt in Phantasieuniformen auf: Norbert Schittke versteht sich als legitimer Reichskanzler – und bald als Kaiser von Deutschland

Das Klingelschild unter der vergilbten Abdeckung liest sich ziemlich lang: ›Fürst Norbert R. zu Romkerhall/Ritterhof aus dem Haus Schittke, Hannover, Windsor, Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha‹ (sic) steht darauf geschrieben. Doch wer erwartet, dies sei der Eingang zu einem kleinen Schloss, der irrt. Seine ›Hoheit Reichskanzler Schittke‹ residiert in einem spiessigen Einfamilienhaus. Dort empfängt er aber gerne Gäste. «Er hat tatsächlich Carsten van Ryssen in seinem Palast, beziehungsweise Reihenendhaus, ein Interview gegeben», kündigt ›Heute-Show‹-Moderator Oliver Welke den Besuch bei dem Reichsbürger an. Schittke bestreitet die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und sieht sich als Führer des aus seiner Sicht weiter bestehenden Deutschen Reiches. Auch sonst hat er ziemlich absurde Ansichten.

Der Beweis: Darum ist Angela Merkel die Tochter von Helmut Kohl

Auf die Frage nach dem Verhältnis von Helmut Kohl und Angela Merkel antwortet Schittke mit voller Ernsthaftigkeit: «Helmut Kohl, der hat ein nettes Mädels kennengelernt, Kinder gemacht. Eins davon ist die Merkel.» Aha, Angela Merkel ist also die Tochter von Helmut Kohl. Als van Ryssen staunend schaut, fügt Schittke hinzu: «Wie er in allen Reden sagt, sie ist mein Mädels.»

Der ›Reichskanzler der Exilregierung Deutsches Reich‹, wie sich Schittke selbst nennt, sitzt in einer Phantasieuniform mit Schärpe und Orden in seinem Wohnzimmer. Dass er keinen normalen Reporter, sondern den Mitarbeiter einer Satiresendung vor sich hat, scheint er nicht zu bemerken. Völlig ernsthaft versucht er van Ryssen, seine Ansichten zu erklären. Schittke lebt in einer Welt aus Geschichtsverfälschung, Lügen und Phantastereien.

›Heute-Show‹ kommt nicht aus Aldebaran, aber Hitler war schon da

«Wir befinden uns mit 64 Ländern im Krieg», erfindet Schittke. Das belege eine ›Feindstaatenklausel‹. «Sie fahren in Feindesland, um Urlaub zu machen.» Van Ryssen hakt verschmitzt nach: «Wie, ich fahre nach Spanien?» «Feindesland!», fährt Schittke dazwischen. «Italien?» «Feindesland!», kommt reflexartig. «Sie können nach Honolulu fahren, dann sind sie noch immer im Feindesland», erklärt Schittke. «Wohin soll ich denn dann in Urlaub fahren?», fragt der Reporter. «Sie sollen zuhause bleiben und arbeiten», sagt der Rentner. Lacher bei den Zuschauern.

Doch es wird noch absurder. Schittke glaubt an die Existenz Ausserirdischer, die mit ›Diplomatenpässen‹ ausgestattet die Erde besuchen. Ihr Name: Aldebaraner. «Sie wollen sich immer mit dem Stärksten und Besten zusammentun» erklärt Schittke und – so, führt das ehemalige Mitglied der rechtsextremen Partei ›Die Republikaner‹ aus – deshalb «auch mit Adolf Hitler». Die Aldebaraner, so versichert Schittke ernsthaft, hätten Hitler mit auf ihren Planeten genommen. Zum Beweis zeigt er eine Reichsadlerplakette, die angeblich auf dem Raumschiff angebracht worden sei. Er selbst sei auch schon mit einem Aldebaraner Kaffee trinken gewesen.

«Ich bin doch kein Phantast»

Doch die Märchenstunde ist noch nicht zu Ende. Schittke glaubt auch daran, dass im Erdinneren Menschen leben. «Es gibt mehrere Eingänge zum Mittelpunkt der Erde, und es gibt mehrere Völker, die dort leben.» Und Schittke hält noch ein besonderes Bonmot bereit: «Deswegen ist der Dalai Lama ein Freund von Adolf Hitler.» Äh, was? Hitler habe den Bau von Eingängen zum Erdinneren im Himalaya gefördert. So erkläre sich die Freundschaft.

Der Besuch von ‹Reichsreporter› Carsten van Ryssen, wie Oliver Welke seinen Kollegen nennt, endet mit einem Händedruck vorm Reichssofa. ‹Ich bin doch kein Phantast›, gibt Schittke dem Reporter mit auf den Weg. Das Publikum lacht. Und auch der Reporter kann sich das Grinsen kaum noch verkneifen. ‹Natürlich nicht›, antwortet er schnell. Die Ironie bemerkt Schittke nicht.

‹Liebe Aldebaraner, bitte dran bleiben›, verabschiedet sich Oliver Welke aus der ‹Heute-Show›, ‹jetzt gibt es gleich noch mehr Geschichtsfälschung bei ‹Sketch-History›.›

Bis vor wenigen Jahren waren die ‹Reichsbürger› nur eine Gruppierung von Spinnern, die sich verbal gegen die Behörden ausgerichtet hatten, doch das hat sich gewaltig geändert, denn in den letzten Jahren hat sich im Schattenreich der ‹Reichsbürgerbewegung› allerhand Unerfreuliches getan, und zwar insbesondere in bezug auf Munitions- und Waffenansammlungen in den ‹Reichsterritorien›, was auf tiefergreifendere Absichten hindeutet als nur auf die waffenmässige Verteidigung der ‹Reichshoheitsgebiete›. Die vielen Kriegswaffen samt Munition gehören in dieser Szene also eindeutig zur Aufrüstung, und dabei sind diese bereits derart viele, dass damit in ganz Deutschland von den weit über 14 000 ‹Reichsbürgern› Hunderte von ‹Reichssoldaten› ausgerüstet werden können, wie du selbst erklärt hast. Du hast zudem auch gesagt, dass die wenigsten Waffenbesitzenden Waffenbesitzscheine haben, sondern alle Waffen auf dem Schwarzmarkt gekauft hätten. Zudem hast du auch bemerkt, dass über 1400 sehr gefährliche ‹Reichsbürger› für spezielle Aufgaben zukünftiger Zeiten existieren, denen auch eine grössere Anzahl Rechtsradikaler angehört. Das Ganze weist deinen Erklärungen gemäss auf einen ‹Krieg gegen Deutschland› hin, wobei – wie ich anderweitig nebst deinen Angaben auch in einem Bericht gelesen habe – ‹Reichsbürger› auch diverse Behörden und die Polizei unterwandern. Diesbezüglich also so viel in bezug auf die ‹Reichsbürgerbewegung› in Deutschland.

In Deutschland existieren auch zahlreiche kriminelle Ausländergruppierungen, wie z.B. die Libanesen-Clans, die in Städten ganze Strassenzüge beherrschen und gegen die wohl Polizeirazzien durch hochgerüstete und maskierte Polizeibeamte durchgeführt werden, was jedoch nicht viel bringt. Die Libanesen-Clans haben eine sogenannte ‹Familien-Union› gebildet, die in Polizeikreisen gut bekannt ist und die aus libanesischen Grossfamilien besteht, die als sogenannte Mhallami-Kurden in den 1980er Jahren geflüchtet sind, als im Libanon der Bürgerkrieg herrschte. Ein Teil dieser Mhallami praktiziert eine eigene Rechtsprechung und akzeptiert folgedem die Gesetze des deutschen Staates nicht, und zudem haben sie sozusagen der deutschen Polizei den Krieg erklärt. Ein Magazin schreibt diesbezüglich in etwa: ‹Die Politiker werden nicht müde, die Existenz der ‹No-go-Areas› in deutschen Grossstädten zu leugnen, was jedoch die Mitglieder der Mhallami-Clans ganz anders sehen, die in vielen Städten Deutschlands die absolute Kontrolle über die Drogenmärkte und die Rotlichtviertel an sich gerissen haben. Also fordern sie gegenüber dem deutschen Staat auch selbstbewusst ihren Machtanspruch ein.› Wörtlich sagen sie den Polizeibeamten: ‹Wenn ihr einen Krieg mit uns beginnt, dann könnt ihr ihn nicht gewinnen, weil wir einfach zu viele gegen euch sind.› Solche Drohungen gehören dabei zur Tagesordnung, was beweist, dass im deutschen Staat und in den Städten das Gewaltmonopol nicht mehr bei den Ordnungshütern und schon gar nicht mehr beim Staat selbst liegt. Diverse Gruppen kurdisch-libanesischer Abstammung reklamieren für sich besonders in Stadtteilen von Bismark, Rotthausen und in der Alt- und Neustadt ganze Strassenabschnitte rund um den Hauptbahnhof, wie aber gleiches auch in Ückendorf geschieht, wobei die Macht dieser Libanesen-Clans – wie auch diverser anderer – immer mehr wächst und der Umgang mit den Clanmitgliedern immer gefährlicher wird, wie das auch in anderen Städten der Fall ist, wo die Mhallami die effektiv wahren Herrscher der Strassen sind. In der deutschen Hauptstadt Berlin ist es gar bereits soweit, dass die Polizei kaum mehr wagt, Autos anzuhalten und zu kontrollieren, denn wenn sie das tun, dann sammeln sich sehr schnell 40–50 Clanmitglieder rundum und bedrohen sie. Eine Hochburg dieser Libanesen-Clans ist Duisburg-Marxloh, wo sich bei einem Verkehrsunfall sofort bis zu 100 Clanmitglieder anhäufen und die Beamten bedrohen, um sie aus ‹ihrem Clan-Gebiet› zu vertreiben. In einem Fall wurde eine Polizistin einfach niedergeschlagen, während sich ihr Kollege vor dem Clan-Mob nur mit seiner Dienstwaffe schützen konnte. Um im Marxloh-Gebiet wenigstens ansatzweise das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen zu können, ist es nur noch möglich, mit einer Hundertschaft Polizeibeamter die notwendigen Patrouillen in diesem Viertel durchzuführen. In einem Magazin wurde geschrieben, dass in Bremen, wo der berühmte Miri-Clan sein Unwesen treibt, der CDU-Politiker Wilhelm Hinners auf die Frage, was die Stadt denn gegen all die Clans tun könne, geantwortet habe: Er befürchte, dass der Zug schon lange abgefahren sei und die Clan-Strukturen nicht mehr zu zerschlagen seien.

Ptaah Das war sicher ausführlich genug, um das diesbezügliche Desaster in kurzer Weise darzulegen, das aber in Wirklichkeit um sehr vieles umfangreicher und schlimmer ist, als es aus deinen Ausführungen hervorgeht, die wir mehrmals miteinander in privater Weise besprochen haben.

Billy Es sollte aber wohl genügen, um einen kleinen Einblick zu geben, was in der EU-Diktatur und ganz speziell in Deutschland in bezug auf die Kriminalität, den Terrorismus und das Verbrechertum wirklich los ist, wovon die Bevölkerung im grossen und ganzen nichts weiss, weil die notwendigen Informationen nicht an die Öffentlichkeit gelangen und also verschwiegen werden. Andererseits ist es aber auch so, dass dadurch das Volk dumm und dämlich gehalten wird, das im Gros in bezug auf eine höhere Schulung leider ungebildet ist und sich um nichts kümmert, folglich es von oben herab, eben von den Politikern und Regierungen usw. sowie von den Religionen und Sekten in jeder Beziehung manipuliert werden kann, ohne dass es dies überhaupt wahrnimmt. Leider mangelt es dem einfachen Volk auch an einer guten Allgemeinbildung, was dazu führt, dass es in allen politischen Formen nicht mitreden kann, sondern die Politiker und Populisten usw. für sich denken lassen muss, um dann deren unsinnigen Vorschlägen usw. jubelnd zuzustimmen und sie zu akzeptieren. ...

Nachtrag und Auszug aus dem 709. offiziellen Kontaktgespräch

Nach dem Vorfall vom mittelfränkischen Ort Georgensgmünd am 19. Oktober 2016, als nach plejarischen Angaben weit über 14 000 «Reichsbürger» (genaue Zahl war 14 791) in Deutschland existierten, hat sich die Anzahl der «Reichsbürger» und der Anhänger drastisch erhöht. Der Plejare Ptaah erklärte dazu am 29. Juli 2018 folgendes:

Ptaah Die Anzahl von 14 791 «Reichsbürgern» hat sich seit unserer letzten Zählung innerhalb kurzer Zeit infolge diverser Sensationsaufmachungen von Medien, wie Television, Zeitungen und Journalen, bezüglich des Geschehens im Ort Georgensgmünd am 19. Oktober 2016 auf 27 622 erhöht. Die rasant gestiegene Anzahl der neu in Deutschland entstandenen «Reichsbürger» einerseits wurden also durch die Sensationsmedienberichte animiert, andererseits grossteils aber auch durch die falsche unhaltbare, freiheits- und volkswillenfeindliche Politik- und Staatsführung. Nebst der auf 27 622 «Reichsbürger» angewachsenen Anzahl – von denen sich viele vor staatlichen Repressionen fürchten und deshalb nur in heimlicher Weise ihrer «Reichsbürgerschaft» anhängen – sympathisiert gemäss unseren Abklärungen noch eine Anzahl von mehr als 83 000 Frauen und Männern in Deutschland, die sich gesinnungsmässig einer «Reichsbürger»-Anhängerschaft verbunden haben und deren Ideologie favorisieren.

Ist Präsident Trump ein Verräter, weil er Frieden mit Russland will? (Die Demokraten sagen ja.)

Von Paul Craig Roberts, 16.07.2018 (leicht gekürzt)

Die Demokratische Partei der USA würde die Welt lieber in einen thermonuklearen Krieg stürzen als zuzugeben, dass Hillary Clinton die Präsidentschaftswahl verloren hat. Die Demokratische Partei wurde vom Clinton-Regime total korrumpiert, und jetzt drehen sie völlig durch. Die Anführer der Demokratischen Partei, etwa Nancy Pelosi und Chuck Schumer, mein ehemaliger Co-Autor bei der «New York Times», haben auf undemokratische Weise auf den ersten Schritt reagiert, den Präsident Trump unternommen hat, um die extrem gefährlichen Spannungen mit Russland zu reduzieren, die das Clinton-Regime, George W. Bush und das Obama-Regime zwischen den Supermächten geschaffen haben.

Ja, Russland ist eine Supermacht. Russische Waffen sind dem Schrott des mit Abfall gefüllten US-Militär-/Sicherheitskomplexes, der auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers in Saus und Braus lebt, so überlegen, dass es fraglich ist, ob die USA überhaupt eine Militärmacht zweiter Klasse sind. Wenn verrückte Neokonservative wie Max Boot, William Kristol und der Rest der Neokonservativen ihren Willen durchsetzen, dann werden die USA, Grossbritannien und Europa für Jahrtausende eine radioaktive Wüste sein.

Die Führerin der Demokratischen Opposition im Abgeordnetenhaus, Nancy Pelosi (CA), hat erklärt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten aus Angst vor einer undefinierten Vergeltung von Putin, vielleicht dem Trump-Dossier, das amerikanische Volk an Russland verkauft hat, weil er Frieden machen will. «Es stellt sich die Frage: Was hat Wladimir Putin, was haben die Russen über Donald Trump – persönlich, politisch und finanziell, dass er sich so verhalten hat?» Dieses «Verhalten», über das Pelosi spricht, ist Frieden statt Krieg.

Um es deutlich zu sagen, die Führerin der Demokratischen Minderheit im Abgeordnetenhaus hat Donald Trump des Hochverrats an den Vereinigten Staaten beschuldigt. Gegen diese eklatant falschen Beschuldigungen, die völlig ohne Beweise sind, gibt es keinen Aufschrei. Die presstituierten Medien protestieren nicht gegen diesen Putschversuch gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, sondern trompeten den Vorwurf als selbstverständliche Wahrheit hinaus. Trump ist ein Verräter, weil er Frieden mit Russland will.

Hier wiederholt der Demokratische Senator Chuck Schumer (NY) Pelosis falsche Anschuldigung: «Millionen Amerikaner werden sich weiterhin fragen, ob die einzig mögliche Erklärung für dieses gefährliche Verhalten die Möglichkeit ist, dass Präsident Putin über Präsident Trump schädliche Informationen besitzt.» Wenn ihr nicht glaubt, dass dies zwischen Pelosi und Schumer abgesprochen ist, dann seid ihr unglaublich dumm.

Und hier ist der in Ungnade gefallene CIA-Direktor von Obama, John Brennan, ein Anführer der gefälschten Russiagate-Kampagne gegen Präsident Trump, um Trump daran zu hindern, Frieden mit Russland zu schliessen und damit die Welt sicherer zu machen und den massiven, ungerechtfertigten Haushalt des Militär-/Sicherheitskomplexes zu gefährden: «Donald Trumps Auftritt bei der Pressekonferenz in Helsinki bildet und überschreitet die Schwelle zum Schwerverbrechen und Amtsvergehen. Das war nicht weniger als Verrat. Nicht nur waren Trumps Kommentare schwachsinnig, er steckt auch in der Tasche von Putin. An die Republikanischen Patrioten: Wo seid ihr?»

BEACHTET BITTE, DASS NICHT EINE MEDIEN-QUELLE TRUMP UND PUTIN FÜR DIE ENTSPANNUNG DER KÜNSTLICH VERURSACHTEN SPANNUNGEN FEIERT ODER DANKT, DIE ZU EINEM ATOMKRIEG FÜHREN KÖNNTEN. WIE KANN ES SEIN, DASS DIE WESTLICHEN MEDIEN SO GEGEN DEN FRIEDEN SIND? WAS IST DIE ERKLÄRUNG?

Die Russen, die Chinesen, die Iraner und die Nordkoreaner sowie der Rest der Welt müssen dringend die äusserst feindlichen Reaktionen der Demokratischen Partei der USA, vieler Mitglieder der Republikanischen Partei, einschliesslich der verabscheuungswürdigen republikanischen Senatoren John McCain und Lindsey Graham erkennen, sowie der westlichen presstituierten Medien, einer Ansammlung von Menschen auf der Gehaltsliste der CIA und die CIA selbst, wie der deutsche Zeitungsredakteur Udo Ulfkotte beschrieben hat.

Nancy Pelosi, Chuck Schumer, John McCain, Lindsey Graham und der Rest des korrupten Abschaums, der herrscht, sie stehen alle auf der Gehaltsliste des Militär-/Sicherheitskomplexes. Schaut einfach nach und sucht die Spender ihrer Wahlkampagnen. Das 1000-Milliarden-Dollar-Budget des Militär-/Sicherheitskomplexes, verstärkt durch die Frontoperationen der CIA und das Drogengeschäft, bietet enorme Summen, um Senatoren und Repräsentanten zu kaufen, von denen die unbekümmerten amerikanischen Wähler denken, dass sie sie gewählt hätten.

Wisst ihr, wie viel 1000 Milliarden sind? Man müsste Tausende von Jahren leben und nichts tun als rund um die Uhr zu zählen, bis man diese Zahl erreicht. Es ist eine Summe, die die Empfänger ernährt, und die Empfänger halten sie für schützenswert.

Deshalb erhält die amerikanische Öffentlichkeit keine Repräsentanten, sondern Lügen, die Krieg und Konflikt rechtfertigen. Der Militär-/Sicherheitskomplex, vor dem Präsident Eisenhower das amerikanische Volk vergebens gewarnt hat, braucht dringend einen Feind. Im Gehorsam gegenüber dem Militär-/Sicherheitskomplex haben die Regimes von Clinton, George W. Bush und Obama Russland zu diesem Feind gemacht. Wenn Trump und Putin das nicht verstehen, dann werden sie leicht bedeutungslos werden.

Beide können ermordet werden, und das ist es, wozu die Aussagen von Pelosi, Schumer, McCain, Lindsey Graham u.a. ermutigen und die im Propagandaministerium, sprich der westlichen Presse endlos wiederholt werden. Trump kann in einem politischen Coup für den Ausverkauf Amerikas an Russland ermordet oder gestürzt werden, denn das behaupten Mitglieder beider Parteien und tröten die Medien in einer Tour. Putin kann leicht von jenen CIA-Agenten ermordet werden, denen die russische Regierung dummerweise erlaubt, in ganz Russland mit ihren NGOs und westlichen/amerikanischen Medien und unter den atlantischen Integrationisten zu operieren. Washingtons Fünfte Kolonne innerhalb Russlands, die den Zwecken Washingtons dient. Diese russischen Verräter dienen in Putins eigener Regierung!

Amerikaner sind dermassen unwissend, dass sie keine Ahnung haben, welches Risiko Präsident Trump eingeht, wenn er den US-Militär-/Sicherheitskomplex herausfordert. Ich war beispielsweise in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Mitglied des US-Senats. Ich arbeitete mit einem Mitarbeiter des republikanischen Senators aus Kalifornien, S.I. Hayakawa, zusammen, um das Verständnis für eine angebotsorientierte wirtschaftspolitische Lösung der Stagflation zu fördern, die die Fähigkeit des US-Haushalts bedrohte, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Republikanischen Senatoren Hatch, Roth und Hayakawa versuchten, eine angebotsseitige Wirtschaftspolitik gegen die Stagflation einzuführen, die die US-Wirtschaft gefährdete. Die Demokraten, die später im Senat den Weg zu einer angebotsseitigen Politik führten, waren damals dagegen (siehe Paul Craig Roberts, *The Supply-Side Revolution*, Harvard Press 1984). Die Demokraten behaupteten, dass diese Politik das Haushaltsdefizit verschlechtern würde. Das einzige Mal, dass sich Demokraten um das Haushaltsdefizit gekümmert haben. Die Demokraten sagten, dass sie das Absenken der Steuersätze unterstützen würden, wenn die Republikaner im Gegenzug ausgleichende Kürzungen im Haushalt unterstützen würden. Das war ein Trick, um

die Republikaner in die Schranken zu weisen, um einigen Gruppen etwas wegzunehmen, um «die Steuersätze für die Reichen zu senken».

Als die Kombination aus Steuersenkungen und Kürzungen des Verteidigungshaushalts zur Abstimmung kam, da klopfte mir der legendäre Senator Strom Thurmond, der während 48 Jahren Mitglied im US-Senat war, auf die Schulter. Er sagte: «Sohn, stell deinen Senator nie gegen den Militär-/Sicherheitskomplex. Er wird nicht wiedergewählt und du wirst arbeitslos.» Ich antwortete, dass wir nur feststellen wollten, dass die Demokraten, die mehr Regierung wollten, unter keinen Bedingungen für eine Steuersenkung stimmen würden, selbst wenn das die Stagflation heilen würde. Er antwortete: «Sohn, dem Militär-/Sicherheitskomplex ist das egal.»

Mein Ausstieg aus der Matrix begann mit dem Schulterklopfen von Thurmond. Es wuchs mit meiner Zeit beim Wall Street Journal, als ich erfuhr, dass einige wahrheitsgemässe Dinge einfach nicht gesagt werden konnten. Im Finanzministerium habe ich erfahren, wie diese äusseren Interessen ihre Macht und die Medien gegen die Politik eines Präsidenten bündeln. Als Mitglied im geheimen Präsidialausschuss sah ich, wie die CIA versucht hat, Präsident Reagan daran zu hindern, den Kalten Krieg zu beenden.

Heute, in diesem Augenblick, erleben wir die massiven Anstrengungen des Militär-/Sicherheitskomplexes, der Neokonservativen, der Demokratischen Partei und der presstituierten Medien, um den gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten zu diskreditieren und ihn zu stürzen, damit die völlig korrupte Elite, die Amerika regiert, weiterhin an der Macht bleiben und den massiven Haushalt des Militär-/Sicherheitskomplexes schützen kann, der zusammen mit der Israel-Lobby die Wahl jener finanziert, die uns regieren. Trump ist wie Reagan eine Ausnahme, und es sind die Ausnahmen, die den Zorn der korrupten Linken, gekauft mit Geld, und den Zorn der Medien, konzentriert in wenigen, kleinen Besitzergruppen auf sich ziehen. (Diese Besitzergruppen sind jenen etwas schuldig, welche die illegale Konzentration einer einst unabhängigen und vielfältigen amerikanischen Presse zugelassen haben, die einst, gelegentlich, ein Wachhund für die Regierung war.)

Die Rechte, eingehüllt in die Flagge, lehnt jede Wahrheit als «anti-amerikanisch» ab.

Wenn Putin, Lawrow, die russische Regierung, die verräterische russische Fünfte Kolonne – die Atlantiker – die Chinesen, die Iraner oder die Nordkoreaner denken, dass aus Amerika irgendein Frieden oder Vernunft kommen könnte, dann sind sie verrückt. Ihr Irrglaube wird sie auf ihre Zerstörung vorbereiten. Es gibt in Amerika keine Institution, weder staatlich noch privat, der man vertrauen kann. Jede Regierung oder Person, die Amerika oder einem westlichen Land vertraut, ist unglaublich dumm.

Der gesamte Russiagate-Schwindel ist eine Inszenierung des Militär-/Sicherheitskomplexes unter der Leitung von John Brennan, Comey und Rosenstein. Der Zweck ist, Präsident Trump aus zwei Gründen zu diskreditieren. Zum einen soll eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland verhindert werden. Der andere ist, Trumps Pläne als Alternative zu den Plänen der Demokratischen Partei zu beseitigen.

Präsident Trump ist fast machtlos. Putin, die Chinesen, die Iraner und die Nordkoreaner sollten das erkennen, bevor es für sie zu spät ist. Präsident Trump kann nicht einmal Mueller und Rosenstein wegen Hochverrats entlassen und festnehmen. Und Trump kann Hillary wegen ihrer unbestreitbaren Verbrechen vor aller Augen nicht anklagen, oder Comey oder Brennan, die verbreiten, dass Trump «komplett in der Tasche von Putin steckt», für ihre Versuche, den gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten zu stürzen. Trump schafft es nicht, dass der Secret Service Leute wie Pelosi, Schumer, McCain und Lindsey Graham befragt, deren falsche Anklagen, eine Ermordung des Präsidenten der Vereinigten Staaten anregen.

Trump kann nicht einmal dem Secret Service trauen, bei dem vermehrte Beweise darauf hindeuten, dass er an der Ermordung von Präsident John F. Kennedy und Robert Kennedy beteiligt war.

Wenn Putin und Lawrow, die unbedingt die Freunde von Washington sein wollen, sich nicht hüten, dann werden sie Geschichte sein.

Wie bereits gesagt ist Russiagate eine Inszenierung, um Frieden zwischen den USA und Russland zu verhindern. Führende Experten des Militär-/Sicherheitskomplexes, einschliesslich einer Person, die für viele Jahre das tägliche CIA-Briefing des Präsidenten der USA begleitet hat, und einer Person, die für die National Security Agency NSA ein Spionageprogramm entwickelt hat, haben eindeutig bewiesen, dass Russiagate ein Schwindel ist, der dazu bestimmt ist, Präsident Trump daran zu hindern, die Beziehungen zwischen den USA und Russland zu normalisieren. Russland besitzt die Macht, die gesamte westliche Welt nach Belieben zu zerstören.

Hier ist der Bericht des pensionierten Sicherheitsexperten, den man im Gegensatz zu denjenigen, die noch im Amt sind, nicht feuern und ihm für seine Wahrheiten nicht die Karriere versalzen kann:

<https://original.antiwar.com/mcgovern/2018/07/15/memo-to-the-president-ahead-of-mondays-summit/>

Hier könnt ihr lesen, was der eingeweihte russische Verteidigungsminister Shoigu über die aggressiven Aktionen des Westens gegen das russische Mutterland zu sagen hat:

<https://www.strategic-culture.org/news/2018/07/13/defense-minister-shoigu-on-moscow-vision-security-problems.html>

Wenn Putin ihm nicht zuhört, dann liegt Russland im Müllimer der Geschichte.

Denkt daran, dass euch kein Medium besser informiert als meine Webseite. Wenn meine Webseite untergeht, dann werdet ihr im Dunkeln sitzen. Von der US-Regierung und den westlichen Presstituierten kommen keine gültigen Informationen. Wenn ihr vor dem Fernseher sitzt und westliche Medien anschaut, dann werdet ihr einer hoffnungslosen Hirnwäsche unterzogen. Dann kann nicht einmal ich euch retten. Auch Gott selbst nicht.

Amerikaner und selbst die Russen sind nicht in der Lage, es zu realisieren, aber es besteht die Möglichkeit, dass Trump gestürzt wird und ein westlicher Angriff auf jene wenigen Länder gestartet wird, die auf Souveränität bestehen.

Ich wage zu bezweifeln, dass viele Amerikaner, die Trump gewählt haben, auf die Anti-Trump-Propaganda hereinfallen, aber sie sind nicht organisiert und haben keine bewaffnete Streitmacht. Die von George W. Bush und Obama militarisierte Polizei wird gegen sie vorgehen. Die Rebellionen werden nur lokal sein und von den privaten Mächten, die Washington regieren, mit jeder Verletzung der US-Verfassung unterdrückt werden. So wie es bei Rebellionen in Amerika immer der Fall war.

Im Westen, dem sich die Russen so sehr anschliessen wollen, sind alle Freiheiten tot – die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, die Informationsfreiheit, die Freiheit der Privatsphäre, die Freiheit vor willkürlicher Durchsuchung, die Freiheit vor willkürlicher Verhaftung sowie der verfassungsmässige Schutz eines ordentlichen Verfahrens von Habeas Corpus. Heute gibt es keine Länder, die weniger frei sind als die Vereinigten Staaten von Amerika.

Warum wollen die russischen Atlantiker einer unfreien westlichen Welt beitreten? Wurden sie von der westlichen Propaganda einer solchen Hirnwäsche unterzogen?

Wenn Putin auf diese verblendeten Narren hört, dann wird Putin Russland zerstören.

Etwas stimmt nicht mit der russischen Wahrnehmung Washingtons. Anscheinend ist die russische Elite, mit Ausnahme von Shoigu und ein paar anderen nicht in der Lage, den neokonservativen Drang zu einer US-Welt-herrschaft und die neokonservative Entschlossenheit zur Zerstörung Russlands als Hindernis für einen US-Unilateralismus zu verstehen. Die russische Regierung glaubt irgendwie, dass Washingtons Hegemonie verhandelbar sei – trotz aller gegenteiligen Beweise.

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/pcr-16-07-2018/>

<https://www.paulcraigroberts.org/2018/07/16/is-president-trump-a-traitor-because-he-wants-peace-with-russia/>

Die Israelis töten einfach weiter Menschen und stehlen Land

Uri Avnery; erschienen am 20. Juli 2018 auf > Antiwar.com

Man kann die Ereignisse in Gaza durch das linke oder durch das rechte Auge betrachten. Man kann sie als unmenschlich, grausam und falsch verurteilen oder sie als notwendig und unvermeidlich rechtfertigen. Aber es gibt eine Eigenschaft, die ausser Frage steht: Sie sind dumm.

Wäre die verstorbene Barbara Tuchman noch am Leben, könnte sie versucht sein, ihrem bahnbrechenden Werk «Die Torheit der Regierenden» ein weiteres Kapitel hinzuzufügen: Ein Kapitel mit dem Titel «Blind in Gaza».

Die letzte Episode dieser Episode begann vor einigen Monaten, als unabhängige Aktivisten im Gazastreifen zu einem Marsch an die israelische Grenze aufriefen, den die Hamas unterstützte. Er wurde «Der grosse Marsch der Rückkehr» genannt, eine symbolische Geste für die mehr als eine Million arabischer Einwohner, die aus ihren Häusern in dem Land flüchteten oder vertrieben wurden, das zum Staat Israel wurde. Die israelischen Behörden gaben vor, dies ernst zu nehmen. Ein erschreckendes Bild wurde für die israelische Öffentlichkeit gemalt: 1,8 Millionen Araber, Männer, Frauen und Kinder, würden sich auf den Grenzzaun werfen, vielerorts durchbrechen und die Städte und Dörfer Israels stürmen. Furchterregend.

Israelische Scharfschützen wurden entlang der Grenze postiert und angewiesen, jeden zu erschiessen, der wie ein «Rädelsführer» aussah. An mehreren aufeinanderfolgenden Freitagen (dem wöchentlichen muslimischen Feiertag) wurden mehr als 150 unbewaffnete Demonstranten, darunter viele Kinder, erschossen und viele hundert weitere durch Schüsse schwer verletzt, abgesehen von denen, die durch Tränengas verletzt wurden. Das israelische Argument war, dass die Opfer beim Versuch, «die Zäune zu stürmen», erschossen wurden. Tatsächlich wurde kein einziger solcher Versuch fotografiert, obwohl Hunderte von Fotografen auf beiden Seiten des Zauns postiert waren.

Angesichts eines weltweiten Protestes änderte die Armee ihre Befehle und tötet nur noch selten unbewaffnete Demonstranten. Auch die Palästinenser änderten ihre Taktik: Die Hauptaufgabe besteht nun darin, Kinder drachen mit brennenden Schwänzen einzusetzen und israelische Felder in der Nähe des Strips anzuzünden. Da

der Wind fast immer von Westen nach Osten weht, ist das ein leichter Weg, Israel zu treffen. Kinder können es tun und tun es auch. Jetzt fordert der Bildungsminister, dass die Luftwaffe die Kinder bombardiert. Der Stabschef lehnt ab und argumentiert, dies sei «gegen die Werte der israelischen Armee».

Gegenwärtig beschäftigt sich die Hälfte unserer Zeitungen und Fernsehnachrichten mit Gaza. Alle scheinen sich darüber einig zu sein, dass dort früher oder später ein ausgewachsener Krieg ausbrechen wird.

Das Hauptmerkmal dieser Aktion ist ihre völlige Dummheit. Jede militärische Handlung muss ein politisches Ziel haben. Wie der deutsche Militärdenker Carl von Clausewitz berühmterweise sagte: «Krieg ist nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.»

Der Streifen ist 41 km lang und 6 bis 12 km breit. Es ist einer der überfülltesten Orte der Welt. Nominell gehört er zum weitgehend theoretischen Staat Palästina, wie das Westjordanland, das von Israel besetzt ist. Der Streifen wird de facto von der radikalen muslimischen Hamas-Partei regiert.

In der Vergangenheit strömten täglich Massen von palästinensischen Arbeitern aus Gaza nach Israel. Aber seit die Hamas die Macht im Strip übernommen hat, hat die israelische Regierung eine fast vollständige Blockade von Land und Meer verhängt. Die ägyptische Diktatur, ein enger Verbündeter Israels und tödlicher Feind des radikalen Islam, kooperiert mit Israel.

Was will Israel also? Die bevorzugte Lösung ist es, den gesamten Streifen und seine Bevölkerung ins Meer zu versenken. Wenn das nicht gelingt, was kann man tun?

Das Letzte, was Israel will, ist, den Streifen mit seiner riesigen Bevölkerung, die nicht vertrieben werden kann, zu annektieren. Auch Israel will keine Siedlungen im Streifen errichten (die wenigen, die gegründet wurden, wurden von Ariel Sharon zurückgezogen, der meinte, es lohne sich nicht, sie zu behalten und zu verteidigen). Die wirkliche Politik besteht darin, das Leben in Gaza so miserabel zu machen, dass die Gazaer selbst aufstehen und die Hamas-Behörden hinauswerfen. In diesem Sinne wird die Wasserversorgung auf zwei Stunden pro Tag reduziert, der Strom auf die gleiche Weise. Die Beschäftigung liegt bei etwa 50%, die Löhne unter dem Minimum. Es ist ein Bild des totalen Elends.

Da alles, was den Gazastreifen erreicht, durch Israel (oder Ägypten) kommen muss, wird die Versorgung als «Strafe» oft tagelang abgeschnitten. Leider zeigt die Geschichte, dass solche Methoden nur selten erfolgreich sind. Sie vertiefen nur die Feindschaft. Was kann man also tun?

Die Antwort ist denkbar einfach: Sich hinsetzen, reden und zu einer Einigung kommen.

Ja, aber wie kann man sich mit einem Todfeind zusammensetzen, dessen offizielle Ideologie einen jüdischen Staat völlig ablehnt?

Der Islam, der (wie jede Religion) eine Antwort auf alles hat, anerkennt etwas, das «Hudna» genannt wird, einen dauerhaften Waffenstillstand. Dieser kann viele Jahrzehnte dauern und wird (religiös) beibehalten. Seit einigen Jahren deutet die Hamas fast offen an, dass sie für eine lange Hudna bereit ist. Ägypten hat sich freiwillig gemeldet, um zu vermitteln. Unsere Regierung hat das Angebot völlig ignoriert. Eine Hudna mit dem Feind? Kommt nicht in Frage! Gott bewahre! Wäre politisch furchtbar unbeliebt!

Aber es wäre vernünftig, das zu tun. Stoppt alle feindlichen Handlungen von beiden Seiten, sagen wir für 50 Jahre. Löst die Blockade auf. Baut einen richtigen Hafen in Gaza-Stadt. Erlaubt den freien Handel im Rahmen einer Art militärischer Inspektion. Das Gleiche gilt für einen Flughafen. Erlaubt den Arbeitnehmern, in Israel Arbeit zu finden, anstatt Arbeiter aus China und Rumänien zu importieren. Verwandelt Gaza in ein zweites Singapur. Freie Fahrt zwischen Gaza und dem Westjordanland über eine Brücke oder eine extraterritoriale Autobahn. Helft mit, die Einheit zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland wiederherzustellen.

Warum nicht? Schon der bloße Gedanke wird von einem normalen Israeli auf Anhieb abgelehnt. Eine Abmachung mit der Hamas? Unmöglich!!! Die Hamas will Israel zerstören. Jeder weiss das. Ich höre das oft und wundere mich immer wieder über die Dummheit der Leute, die das wiederholen. Wie kann eine Gruppe von einigen Hunderttausend einen der am schwersten bewaffneten Staaten der Welt «zerstören», einen Staat, der Atombomben und U-Boote besitzt, um sie zu transportieren? Wie? Mit Drachen?

Sowohl Donald Trump als auch Vladimir Putin huldigen uns, die faschistischen Diktatoren und liberalen Präsidenten der Welt kommen zu Besuch. Wie kann die Hamas eine tödliche Gefahr darstellen? Warum hört die Hamas nicht von selbst mit den Feindseligkeiten auf? Die Hamas hat Konkurrenten, die noch radikaler sind. Sie wagt es nicht, ein Zeichen von Schwäche zu zeigen.

Vor einigen Jahrzehnten bot die arabische Welt auf Initiative Saudi-Arabiens Israel Frieden unter mehreren Bedingungen an, die alle akzeptabel waren. Die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen haben das nicht nur nicht akzeptiert, sie haben es völlig ignoriert. Dahinter verbirgt sich eine bestimmte Logik. Die israelische Regierung will das Westjordanland annektieren. Sie will die arabische Bevölkerung herausholen und durch jüdische Siedler ersetzen. Sie betreibt diese Politik langsam, vorsichtig, aber konsequent.

Es ist eine grausame Politik, eine verabscheuungswürdige Politik, und doch hat sie eine gewisse Logik. Wenn Sie dieses abscheuliche Ziel wirklich erreichen wollen, sind die Methoden vielleicht ausreichend. Aber das gilt nicht für den Gazastreifen, den niemand annektieren will. Dort sind diese Methoden pure Torheit.

Das bedeutet nicht, dass die gesamte israelische Politik gegenüber den Palästinensern insgesamt weiser ist. Das ist sie nicht. Benyamin Netanyahu und seine handverlesenen dummen Minister haben keine Politik. So sieht es aus. Tatsächlich haben sie eine nicht deklarierte Agenda: Die schleichende Annexion des Westjordanlandes. Das geht jetzt schneller als zuvor. Die täglichen Nachrichten erwecken den Eindruck, dass sich die gesamte Regierungsmaschine auf dieses Projekt konzentriert. Dies wird direkt zu einem Apartheid-Staat führen, in dem eine grosse jüdische Minderheit eine arabische Mehrheit beherrschen wird.

Für wie lange? Eine Generation? Zwei? Drei?

Es wird gesagt, dass ein kluger Mensch in der Lage ist, sich aus einer Falle zu befreien, in die ein weiser Mensch gar nicht erst geraten wäre.

Dumme Menschen befreien sich nicht selbst. Sie haben nicht einmal eine Ahnung von der Falle.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2018_07_21_israelis.htm

Putin warnt vor dem Deep State in den USA: «Diese Leute sind mächtig und stark»

Posted By: adminon: Juli 21, 2018

Russlands Präsident Wladimir Putin hat gestern das Protokoll verlassen und deutliche Worte für tiefe Strukturen im Staatsapparat der USA gefunden, die gegen die Interessen des Volkes und der Regierung handelten, den sogenannten Deep State.



Seine Äusserungen machte Putin bei einem Treffen von Botschaftern und ständigen Vertretern der Russischen Föderation im Aussenministerium in Moskau. Er sprach über «Kräfte» in den Vereinigten Staaten, die versuchten, die russisch-amerikanischen Beziehungen eigenmächtig zu untergraben und kritisierte diese scharf.

Der russische Präsident sagte: «Ich verlasse nun das Protokoll und möchte ein paar persönliche Worte sagen. [...] Wir sehen, dass es in den USA Kräfte gibt, die auf Knopfdruck bereit sind, die russisch-amerikanischen Beziehungen für ihre innenpolitischen Ambitionen in Amerika zu opfern. ...

In den USA sehen wir, dass es Kräfte gibt, die ihre Gruppen- und Parteiinteressen über die nationalen Interessen insgesamt stellen. Unsere berühmten satirischen Schriftsteller haben schon über solche verabscheuungswürdige, erbärmliche Menschen geschrieben. Aber ganz so ist es in diesem Fall nicht, diese Menschen sind weder verachtenswert noch erbärmlich, im Gegenteil, sie sind ziemlich mächtig und stark, wenn sie in der Lage sind, Millionen von Menschen solche schwer verdauliche Geschichten zu verkaufen.»

In seiner Rede betonte Putin auch die Notwendigkeit, «die Beziehungen zur Europäischen Union zu entwickeln», trotz der derzeitigen politischen Spannungen. Er sagte auch, dass jedes Land, das versucht, die Ukraine oder Georgien in den Einflussbereich der NATO einzubeziehen, «an die möglichen Folgen dieser Verantwortungslosigkeit denken sollte».

Quelle: <https://marialourdesblog.com/putin-warnt-vor-dem-deep-state-in-den-usa-diese-leute-sind-maechtig-und-stark/>

Wahnsinn in Moskau

Eric Margolis; erschienen am 21. Juli 2018 auf > www.ericmargolis.com

Eine Komödie? Eine Katastrophe? Psychische Störung? Hörverlust?

Selbst Tage nach dem bizarren Auftritt von Präsident Donald Trump in Helsinki neben einem coolen, gelassenen Präsidenten Wladimir Putin ist schwer zu sagen, was passiert ist. Aber es war wirklich unterhaltsam.

Falls jemand im Universum dieses Ereignis verpasst hat, lassen Sie mich zusammenfassen. Trump traf sich privat mit Putin, was die Bürokraten auf beiden Seiten verrückt machte. Bis jetzt wird Trump das meiste von dem, was zwischen den beiden Anführern gesprochen wurde, nicht verraten.

Aber nach der Präsidentensitzung antwortete Trump auf die Fragen des Reporters, indem er sagte, dass er glaubte, dass Russland keine Rolle bei den Versuchen spielte, die Demokratische Partei während der Wahl zu verwanzen. Empörung brach in den USA aus. «Trump vertraut den Russen mehr als seinen eigenen Geheimdiensten», ging das Geheul los. Trump ist ein Verräter, der einige der wilderen Demokraten und Neokonservativen belastet. Nur wenige Amerikaner wollten die Wahrheit hören.

In der Tat, so intensiv war die Empörung zu Hause, dass Trump gezwungen war, einen Rückzieher zu machen und zu behaupten, er habe falsch gesprochen. Ja, er gab zu, die Russen hatten sich in die US-Wahlen eingemischt. Aber dann schien er sich wieder von dieser Behauptung zurückzuziehen.

Das Ganze war eine schwarze Komödie. Vielleicht lag es an Trumps schlechtem Gehör oder am Jetlag und Reise-müdigkeit.

Hillary Clinton verlor die Wahl nicht wegen russischer Hinterhältigkeit. Sie verlor sie, weil so viele Amerikaner sie nicht mochten und ihr misstrauten. Als die Wahrheit über ihre Manipulation der demokratischen Vorwahl auftauchte, lenkte sie die Aufmerksamkeit geschickt ab, indem sie behauptete, die Russen hätten die Wahl manipuliert. Was für eine Chuzpe.

Doch viele Amerikaner schluckten diese Ente. Wenn Russlands GRU-Militärgeheimdienst wirklich im Vorfeld der Wahl involviert war, wie US-Geheimdienste laut Berichten behaupteten, belief sich der angebliche Kauf von (Werbezeit in) sozialen Medien auf Erdnüsse und konnte die Wahl kaum beeinflussen.

In den 1940er Jahren gelang es der GRU, das Weisse Haus von Roosevelt zu durchdringen und zu beeinflussen. Das ist echte Spionage. Nicht ein paar Nachwuchsoffiziere und 20-Jährige auf einem Laptop in Moskau.

Ausserdem, verglichen mit den Einmischungen durch die Aussenpolitik der USA waren das, was die Russen in den USA taten, kleine Kartoffeln. In die politischen und militärischen Geheimnisse der USA einzudringen ist genau das, was der russische Geheimdienst tun sollte. Vor allem, als die Demokratische Partei der USA eine sehr aggressive Politik gegenüber Russland verfolgte, die zu einem Krieg führen könnte.

Wenn die USA Russland beschuldigen, sich einzumischen, ist das ultimativ der Esel, der den Hasen als Langohr beschimpft. Die ehemalige stellvertretende US-Aussenministerin Victoria Nuland gab zu, dass ihre Organisation 5 Milliarden Dollar ausgegeben hatte, um die pro-russische Regierung der Ukraine zu stürzen. Politische und finanzielle Operationen der USA wurden kürzlich in Russland, der Ukraine, Belarus, Syrien, dem Libanon, Jordanien, Jemen, Somalia, Uganda, Äthiopien, Ägypten und dem Sudan durchgeführt, um nur einige zu nennen. Demokraten und republikanische Neokonservative befinden sich in voller Hysterie über eine angebliche russische Bedrohung – durch Russland, dessen gesamtes Militärbudget kleiner ist, als allein Trumps jüngste Erhöhung des Pentagon-Budgets in diesem Jahr.

Was wir gesehen haben, ist das faszinierende Schauspiel von Amerikas Kriegspartei und Neokonservativen, die herumzertern, um Präsident Trump zu entmachten. In ihren Reihen befinden sich die meisten US-Medien, angeführt von der «NY Times», der «Washington Post», dem «Wall Street Journal» und den Kriegsparteien des Fernsehens, CNN und NBC.

Es ist auch klar, dass Trumps leidenschaftlichste Feinde die grossen US-Geheimdienste sind, deren Mammutbudget von 78 Milliarden Dollar die gesamten russischen Militärausgaben übersteigt. Die aufgeblähte US-Geheimdienstindustrie befürchtet, dass Trump ihre Budgets, Macht und Vergünstigungen kürzen könnte.

Der Eklat über Putin hat gezeigt, wie fanatisch und weit rechts die Köpfe des Nationalen Sicherheitsstaates der USA waren, die unter dem Zuckerguss der Obama-Regierung operierten. Direkt aus dem wunderbaren Film «Dr. Strangelove». Wir sehen sie jetzt auf CNN, wie sie sich an Präsident Trump verwirren.

Apropos rechtsextreme Generäle – man erinnert sich auch an den brillanten Film «Seven Days in May», in dem eine Gruppe von Generälen versucht, den Präsidenten wegen eines Friedensabkommens mit Moskau zu stürzen. Könnte es eine echte Verschwörung gegen den Präsidenten geben? Wenn man US-Fernsehen sieht, könnte man das denken.

Jetzt, um die kindliche Hysterie der «Roten unter unseren Betten» zu vervollständigen, kommt der letzte Schliff, nämlich die böse russische Spionin, die es geschafft hat, das Nationale Gebetsfrühstück zu infiltrieren. Diese gefährliche Jezebel befindet sich jetzt in den Händen des FBI. Wenn das das Beste ist, mit dem der KGB oder GRU zu rechnen haben, brauchen sie dringend Hilfe vom kongolesischen Geheimdienst.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2018_07_21_wahnsinn.htm

Julian Assange den Garaus machen? Assange soll angeblich vor die Botschaftstür gesetzt werden

Jörg Klingebach; Sott.net; So, 22 Juli 2018 06:43 UTC

Die Gerüchte erhärten sich, dass Julian Assange bald vor die ecuadorianische Botschaft gesetzt werden soll, doch momentan sind es immer noch Gerüchte. Anlass für diese Gerüchte waren Informationen von der RT-Chefredakteurin und dem Journalisten Glenn Greenwald. Falls Assange wirklich vor die Tür gesetzt wird, droht ihm eine Festnahme durch die britischen Behörden und schlimmstenfalls eine Auslieferung an die USA. Dort soll ihm der Prozess gemacht werden, weil er wichtige Leaks über die US-amerikanische Elite (Hillary Clinton etc.), den Afghanistan- und Irak-Krieg veröffentlichte.



© Mark CHew/Fairfax Media/Getty Images
Julian Assange

Ursprung seiner ganzen Misere und die Flucht in die Botschaft in London waren damals Vergewaltigungsvorfälle von einer Frau aus Schweden. Assange selbst bestritt diese Vorwürfe und nannte sie «dreckige Tricks seiner Gegner». Im Mai 2017 stellte die schwedische Regierung das Verfahren gegen ihn ein. Er kann dennoch nicht die Botschaft verlassen und ihm droht eine Verhaftung durch die britischen Behörden, «weil er durch die Flucht in die Landesvertretung das Gesetz verletzt habe». Die USA sind an ihm stark interessiert, da Teile der Elite Assange als Terroristen ansehen.

Lenin Moreno, der neu gewählte ecuadorianische Präsident, plant in wenigen Wochen einen offiziellen Besuch in Grossbritannien. Assange bezeichnete er öffentlich als «Hacker», «von Correa geerbtes Problem» und als «Stein im Schuh Ecuadors».

~ RT

Die USA sollen nach RT (wirtschaftlichen) Druck auf die neue ecuadorianische Regierung ausüben und sie zu einem Handeln zwingen.

Assange ist sicherlich mit seinen Leaks einigen Eliten auf den Leim gegangen und provozierte sie. Nicht ganz sicher ist, welche Rolle Assange am Ende wirklich spielt oder ob er auch nur eine Puppe in dem grossen System ist, die einfach (aus)genutzt wird. Denn man sollte nicht vergessen, dass die Geheimdienste heutzutage auch nicht alles wissen, was ihre internen Behörden alles unternehmen. Dazu zwei Auszüge aus einem Artikel aus dem Jahr 2010: Alles, was Sie in diesen Depeschen sehen, ist nackte Pathologie in Aktion: Sie können ein gutes Bild darüber bekommen, wie so etwas funktioniert, wenn Sie den Artikel Wikileaks and Imperial Mobilization – The CIA's «Mighty Wurlitzer» lesen. Da wir jedoch, wie einer unserer Forscher anmerkte, ziemlich gute Einsichten darüber entwickeln, wie die PTB (Powers That Be, zu Deutsch in etwa: Vorherrschende Mächte) durch ihre Geheimdienstgesellschaft arbeitet, können wir postulieren, dass nicht einmal die CIA selbst weiss, was ihre eigene Agentur tut oder weiss. Untergliederung lautet die Devise. Eine neue zweijährige Studie der «Washington Post» begründete, dass der amerikanische nationale Sicherheitsapparat «so gross, unüberschaubar und geheimnistuerisch sei, dass niemand weiss, wie viel Geld er kostet, wie viele Angestellte er besitzt, wie viele Programme darin existieren, oder wie viele Agenturen die gleiche Arbeit verrichten». Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass weder das diplomatische Korps noch der Grossteil der CIA eine Ahnung davon haben, zu welchem Ausmass sie als Marionetten innerhalb eines grösseren Spiels benutzt werden. ...

Wir können die durchgesickerten Dokumente selbst und wie sie von den Massenmedien zumeist als Desinformation, Propaganda und Meinungsmache benutzt werden, so ziemlich verwerfen. Wir können sogar spekulieren, dass es keine Leaks ohne eine Agenda dahinter gibt, und dieses Bündel an Leaks ist nicht anders. Das bedeutet jedoch nicht, dass dies immer der Fall sein muss, und das führt uns zu Julian Assange und seiner Vision.

~ Sott

In den nächsten Wochen werden wir dann hoffentlich wissen, ob sich die traurigen Gerüchte wirklich bewahrheiten.

Jörg Klingebach hat einen Abschluss in den Sozialwissenschaften und ist Redakteur für Sott.net seit 2011. Informationen zu veröffentlichen und objektivere Nachrichten auch an deutsche Leser zu vermitteln, war mit ein Hauptgrund sich dem fulminanten Sott-Team anzuschließen. Dabei konzentriert sich Jörg vorrangig auf die Kategorien Puppenspieler, dem Kind der Gesellschaft und Feuer am Himmel. Er hilft Artikel ins Deutsche zu übersetzen und von Zeit zu Zeit verfasst er auch selbst Artikel. Wenn Jörg nicht gerade bei Sott.net oder an anderen Projekten arbeitet, fotografiert er sehr gern.

Quelle: <https://de.sott.net/article/32734-Julian-Assange-den-Garaus-machen-Assange-soll-angeblich-vor-die-Botschaftstur-gesetzt-werden>

FIGU-Informationen hierzu:

FIGU-Bulletin Nr. 81, September 2013

Auszug aus dem 566. offiziellen Kontaktgespräch vom 23. Juni 2013

Billy Das weiss ich, und ich denke, dass das Gros der Amerikaner, Männlein wie Weiblein, noch weit davon entfernt ist, sich in eine wirklich funktionierende Ordnung einzufügen, die allein das gute Bestehen einer Landesgruppe gewährleisten kann. Die Amerikaner haben eine recht seltsame Auffassung von Frieden, Freiheit und Gleichheit der Menschen, von Gleichberechtigung, Ordnung, Harmonie und Schutz allen Lebens. Man bedenke dabei nur der unzähligen US-Rassisten, wie diese dem Ku-Klux-Klan, den Neonazis und der Aryan Brotherhood usw. angehören, wie aber auch des rassistischen Söldnerwesens, das offiziell erlaubt ist. Dies nebst der Todesstrafe, die noch in diversen Staaten erlaubt ist und durchgeführt wird. Und man bedenke der Foltererei und Menschenunwürdigkeit in Guantánamo, wie auch der massenweisen Geheimdienst- und Kriegsverbrechen, die durch Amerikas Geheimdienstler und Militärs in diversen Ländern der Erde ausgeübt werden, ohne dass die Schuldigen jemals zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichermassen werden in Amerika, wie du mir einmal privaterweise gesagt hast, die Angehörigen der Luftwaffe, der Seestreitkräfte und die Angehörigen des üblichen Militärs nicht zur Rechenschaft gezogen und bestraft, die ihre weiblichen Kameradinnen vergewaltigen. Gegenteilig werden die sexuell missbrauchten Frauen selbst angeklagt und verurteilt, um die Offiziere usw. zu schützen, die meistens die Vergewaltigungen tausendfach begehen. Anderweitig wird den vergewaltigten Soldatinnen und Offizierinnen von gewissen Militärgerichten auch mitgeteilt, dass sie das Ganze eben als Berufsrisiko in Kauf nehmen müssten. Aber das ist die Wirklichkeit von US-Amerika, das als Weltpolizei auftritt und Saubermann spielt, während es effektiv viel stinkenden Dreck an diversen Stecken hat. Darüber wird natürlich die US-Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit nicht informiert. Und wenn etwas an die Öffentlichkeit durchsickert, dann wird es vehement bestritten und die «Verräter» werden mundtot gemacht, als Spione und Landesverräter bezichtigt, verfolgt und über Jahrzehnte eingekerkert oder gleich meuchlings ins Jenseits befördert. **Das geschieht auch in bezug auf den WikiLeaks-Gründer Julian Assange**, der US-Kriegsverbrechen usw. öffentlich im Internet bekanntgemacht hat und dessen die USA-Justiz habhaft werden will, um ihn als «Verräter» US-militärischer Geheimnisse anzuklagen und zu verurteilen. Und gleichermassen gilt das auch für den US-«Whistleblower» resp. den Ex-Geheimdienst-Spion (Anmerkung: Edward Snowden), der auch neuerdings von den USA krampfhaft in der ganzen Welt gejagt wird, weil er – selbst ein Ex-US-Spion – diverse US-Geheimdienstmachenschaften und auch die der Engländer öffentlich ausposaunt hat.

Ptaah Deine genannten Begründungen ziehen auch wir in Betracht, und das, was du zuletzt noch in bezug auf «Verräter» usw. gesagt hast, entspricht auch den unbestreitbaren Tatsachen.

Obergrenze und Neuregelung der Einwanderung – sofort!

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 22. Juli 2018

Wenn es Deutschland nicht gelingt, die chaotische Einwanderung zu stoppen und für eine Neuregelung zu sorgen, wird sich «die soziale Vielfalt so weit erhöhen, dass sie die gegenseitige Rücksichtnahme untergrübe». Das sagt der britische Ökonom Paul Collier in seinem bereits 2016 erschienenen, hochgelobten Buch «Exodus – Warum wir die Einwanderung neu regeln müssen». Er deutet damit in britischer Zurückhaltung auf die Möglichkeit von bürgerkriegsartigen Verwerfungen hin.

Collier hat sein Werk noch vor dem September 2015 geschrieben, in dem die Migration durch den einsamen

Entschluss von Kanzlerin Merkel, auch Migranten ohne Papiere in Deutschland willkommen zu heißen, angefeuert wurde. Es beschäftigt sich eigentlich nur mit der regulären Einwanderung. Dennoch hat Collier eine Analyse und eine Alternative zu den politischen Fehlern, die Europa bei der Einwanderung macht, geliefert, die besonders auf Deutschland zutrifft.

«Eine Pflichtlektüre für jeden Politiker», stellte der Deutschlandfunk fest. Aber so, wie es in Deutschland plan- und ziellos drunter und drüber geht, scheint kein einziger unserer politischen Entscheidungsträger Colliers Buch auch nur quergelesen zu haben. Dabei würde es schon genügen, wenigstens die für die deutsche Ausgabe geschriebenen Schlussbemerkungen zur Kenntnis zu nehmen, in denen Collier auf die Merkelsche Grenzöffnung reagiert.

Deutschland habe mit einer «beispiellosen politischen Geste» die «sonst üblichen rechtlichen Hindernisse beiseite geräumt», konstatiert er. Und weiter: «Deutschland, so steht zu vermuten, hat die Konsequenzen seiner großzügigen Willkommengeste nicht zu Ende gedacht. Als die Migration in Deutschland zunahm, hat die politische Reaktion darauf kaum der sorgfältigen Planung entsprochen, die man von einer gut verwalteten Gesellschaft wie der deutschen erwartet.»

Mit dem Türkei-Deal habe Merkel 3 Milliarden Euro dafür geboten, dass die türkische Regierung die Weiterreise von Flüchtlingen verhindere.

Offenbar wollte Merkel erreichen, «dass die Türkei auf einer frühen Etappe der Fluchtroute jene Hindernisse errichtet, die sie selbst auf der letzten Etappe niedergedrückt hat. Nicht nur die ethischen Implikationen dieses Verhaltens sind, gelinde gesagt, verwirrend».

Das sagt ein linker Befürworter von Migration, kein rechter Flüchtlingsfeind!

Collier spricht an keiner Stelle von einer «humanitären» Aktion der Kanzlerin. Im Gegenteil! Er thematisiert ihre «zwiespältige Wirkung» für die Syrer.

Bei der Bewertung der Flüchtlingspolitik müsse man immer das Gros der Menschen im Auge haben, die im Land zurückgeblieben sind.

«Das internationale Prinzip, dass das Land, in dem die Flüchtlinge ankommen, für sie verantwortlich ist, existiert aus gutem Grund. Die Nachbarländer eines Krisenherdes sind nicht nur am schnellsten zu erreichen, von dort ist die Rückkehr, nachdem der Konflikt beseitigt ist, am leichtesten ...

Die Entscheidung Deutschlands, seine Grenzen für syrische Flüchtlinge zu öffnen, hat beide Grundsätze verletzt: Durch die Verkündung des neuen Prinzips, dass die Mitgliedsstaaten der EU Flüchtlinge aus der Krisenregion aufnehmen müssen, hat Berlin unabsichtlich den Anreiz für die Nachbarländer Syriens verringert, Verantwortung für die Flüchtlinge zu übernehmen.»

Als noch verheerender sieht Collier, «dass ein erheblicher Teil der syrischen Elite für immer nach Europa emigriert ist. Unabsichtlich hat die deutsche Regierung Syrien ausgerechnet jene Menschen entzogen, die es am meisten brauchen wird, um Wirtschaft und Gesellschaft wieder aufzubauen».

Mehr noch: «Ob die Syrer sich in die deutsche Gesellschaft integrieren oder eine unzufriedene Randgruppe bilden, hängt zu einem guten Teil von Entscheidungen der Bundesregierung ab. Auch in diesem Fall scheint ... keine wirksame Strategie entwickelt worden zu sein.»

Diese Sätze sind Ende 2015 geschrieben worden. Heute, Mitte 2018, fehlt es immer noch an einer solchen Strategie. Es ist auch kein Bemühen zu erkennen, eine solche zu entwickeln. Alles, was wir bisher erlebt haben, sind Versuche nach dem Prinzip «trial and error», deren Misserfolge konsequent totgeschwiegen werden. Von den «Nun sind sie halt da»-Menschen hat die Kanzlerin ihr freundliches Gesicht längst abgewandt.

Merkel und ihr Anhang tun immer noch so, als würde die möglichst unbegrenzte Aufnahme von «Flüchtlingen» ein substantieller Beitrag zur Lösung des eigentlichen Weltkonflikts bedeuten. Das ist ein schwerer Irrtum, der fatale Folgen für die aufnehmenden Länder haben kann.

Bei diesem Konflikt handelt es sich um den dramatischen Einkommensunterschied zwischen dem Westen und den Ländern der «untersten Milliarde», wie Collier sie bezeichnet. Das wichtigste Ziel, dass die Länder aus denen die Menschen fliehen, wirtschaftlich zu uns aufholen, wird so nicht erreicht, sondern eher konterkariert. «Migration der glücklichen Wenigen ist kein Ersatz für die Konvergenz der Vielen.»

Billiger und effektiver wäre es gewesen, wenn man Ländern «wie Jordanien dabei geholfen hätte, die enorme finanzielle Last zu schultern», die durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstanden ist. Man hätte in den Aufnahmeländern dafür sorgen können, dass sich den Flüchtlingen ökonomische Perspektiven eröffnen, die sie befähigen, mit optimaler Startposition in ihr Heimatland zurückkehren zu können.

«Finanzielle Hilfen, die man intelligent mit Handelserleichterungen kombiniert und mit sozial verantwortungsvollen internationalen Unternehmen umgesetzt hätte, hätten den Flüchtlingen an sicheren Zufluchtsorten Arbeit und Hoffnung gebracht. Zugleich wäre eine Art syrische Nachkriegswirtschaft im Wartestand entstanden.»

Merkel-Deutschland hat sich stattdessen für ein rein humanitäres Modell entschieden, das sich darauf beschränkt, Flüchtlingen Unterkunft zu bieten und sie zu verpflegen, sie also zur Passivität zu verurteilen. Collier bezeichnet dieses Modell als «zutiefst unangemessen». Auch das ist wieder sehr zurückhaltend ausgedrückt.

Europa moralisiert im Angesicht der Toten im Mittelmeer, die es, insbesondere Deutschland, indirekt selbst verursacht hat, indem es Anreize bietet, in die europäischen Sozialsysteme einzuwandern, statt wirksam am Abbau der Einkommensunterschiede und der damit verbundenen ökonomischen Ertüchtigung der Länder der untern Milliarde zu arbeiten.

Collier sagte bereits 2015 voraus, dass die europäische Politik auf Grund zahlloser in der Einwanderungspolitik getroffener Fehlentscheidungen in eine Phase der Panik eintreten wird.

Er schliesst: «Dies, fürchte ich, ist eine treffende Beschreibung dessen, was wir gegenwärtig erleben.»

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Paul Collier: «Warum wir die Einwanderung neu regeln müssen»

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/07/22/obergrenze-und-neuregelung-der-einwanderung-sofort/>

«Für die Sicherheit und Stabilität»: USA fördert Ukraine mit 200 Mio. Dollar in Kriegstechnik

Sott.net; So, 22 Jul 2018 11:21 UTC

Der Konflikt in der Donbass-Region in der Ukraine könnte sich in den nächsten Monaten weiter verschärfen, weil das US-Aussenministerium 200 Millionen Dollar für Waffentechnik zur Verfügung stellt. Mit dieser Technik soll die Sicherheit der Ukraine erhöht werden.



© Sputnik/Stringer

«Die entsprechenden Institutionen des Verteidigungsministeriums der USA haben bereits die Verfahren der Vertragsabschlüsse für die Lieferung der Militärtechnik sowie für die Erbringung von Dienstleistungen für die ukrainische Verteidigungsindustrie im Jahr 2018 begonnen», heisst es in der Mitteilung.

~ Sputnik

Die Dienstleistungen sind nicht näher bezeichnet, doch dabei kann es sich auch um verdeckte Einsätze handeln. Russland ist natürlich über diese Pläne nicht begeistert, weil sie die Lage im Donbass weiter destabilisieren wird. **Russland hatte mehrmals vor Waffenlieferungen an die Ukraine gewarnt und betont, dass dies nur zur Eskalation des Konfliktes im Donbass führen würde.** Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte darauf hingewiesen, Waffenlieferungen von aussen würden nicht zur Beilegung des Konflikts im Donbass und zur Umsetzung der Minsker Abkommen beitragen. Laut dem russischen Vizeausserminister Grigori Karassin ist Moskau wegen der geplanten Lieferung von letalen Waffen an die Ukraine besorgt.

~ Sputnik

Nicht zuletzt äussert Russland weiter Kritik, weil der Westen vor allem Russland eine Einmischung in die Geschehnisse des zerrissenen Landes vorwirft. Doch tatsächlich mischte sich der Westen von Anfang an mit einem Putsch in die Ukraine ein.

Der Westen hatte Russland vorgeworfen, sich in die innenpolitischen Angelegenheiten der Ukraine einzumischen, und Sanktionen verhängt. Moskau hat wiederholt betont, Russland sei keine Partei des innenukrainischen Konfliktes; es beteilige sich nicht am Geschehen im Donbass und sei daran interessiert, dass die Ukraine ihre politische und wirtschaftliche Krise überwinden würde.

~ Sputnik

Quelle: <https://de.sott.net/article/32735-Fur-die-Sicherheit-und-Stabilitat-USA-fordert-Ukraine-mit-200-Mio-Dollar-in-Kriegstechnik>

Evakuierung beweist, Weisshelme sind Terroristen

Sonntag, 22. Juli 2018, von Freeman um 11:00

Die syrische Armee befreit immer mehr Territorium von den Terroristen und deshalb sind sie auf der Flucht, einschliesslich der sogenannten Weisshelme, dem Propagandaarm der Kopfabstecher. Deshalb hat Israel rund 800 Mitglieder der vom Westen unterstützten Weisshelme aus Syrien nach Jordanien evakuiert, um später in England, Kanada und Deutschland nach Aussagen von Tel Aviv und Amman umgesiedelt zu werden.

Es gibt zahlreiche Aufnahmen, die beweisen, dass Mitglieder der Weisshelme Kämpfer für die Terrororganisationen waren und nach Belieben die Rollen wechselten, wie zum Beispiel Ammar al Selmo:



Emmanuel Nahshon, ein Sprecher des israelischen Aussenministeriums, hatte auf Twitter bestätigt, dass *«Israel humanitäre Anstrengungen unternommen hat, um Mitglieder einer syrischen Zivilorganisation (die Weisshelme) und ihre Familien zu retten.»* Er fügte hinzu, dass die Evakuierten *«in ein Nachbarland»* gebracht worden seien.

Was soll daran *«humanitär»* sein? Israel hat bereits zuvor mehrfach zugegeben, dass es den Terroristen medizinische Hilfe geleistet und in seinen Krankenhäusern über 1000 verwundete Kämpfer behandelt hat. Israel weigerte sich jedoch hartnäckig, syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Kriegsminister Avigdor Lieberman hat im vergangenen Monat erklärt, dass Israel *«keine syrische Flüchtlinge in unser Gebiet aufnehmen werde»*. Das beweist, Israel arbeitet eng mit den Terroristen zusammen, denn es lässt nur sie über die Grenze und keine Zivilisten, Alte, Frauen und Kinder.

Das ist nicht *«humanitär»* sondern aktive Terrorunterstützung!!!

Die Terroristen der Weisshelme wurden vorab angewiesen, sich am Samstag an der Grenze zwischen Israel und Syrien auf dem Golan zu versammeln. Dann öffneten israelische Soldaten die Grenze und liessen die 800, die auf einer Liste standen, durch. Sie wurden ohne Halt mit Bussen an die Grenze zwischen Israel und Jordanien gebracht.



Dort wurden sie erwartet und stiegen in jordanische Transportfahrzeuge um. Auf dem jordanischen Territorium werden die Terroristen in ein speziell ausgewiesenes Gebiet gesperrt, wo sie maximal drei Monate bleiben, bis sie an eines der westlichen Länder übergeben werden. Warum sperrt Jordanien sie ein, wenn sie doch nur Sanitäter sind?

Eben nicht!!!

Es ist noch unklar, wie die Mitglieder der Weisshelme, die eng mit der Al-Kaida und der ISIS verbunden sind, unter den potenziellen Empfängerländern verteilt werden, darunter auch Deutschland.

Wenn die Weisshelme wirklich das sind, was sie vorgeben zu sein, eine Sanitätsorganisation, die verletzten Menschen hilft, dann müssten sie keine Angst vor der syrischen Armee haben und auch nicht evakuiert und nach Europa und Nordamerika gebracht werden. Die Evakuierung beweist, dass die Weisshelme Terroristen sind und vom Westen im Kampf gegen die syrische Regierung für Propagandazwecke geschaffen, finanziert und eingesetzt wurden.

Ihre Aufgabe war es, mit einem ganzen Stab von Kameralenten mit Schauspielern gestellte Aufnahmen von Toten und Verletzten zu inszenieren. Speziell Kinder wurden dazu missbraucht, um im Westen Stimmung gegen die Assad-Regierung anzuheizen.

Ist ja auch gelungen und die Medien, Politiker und Gutmenschen im Westen sind auf die Inszenierungen reingefallen. Dieses Mädchen wurde zum Beispiel dreimal «gerettet»:



Noch ein Terrorist, der ein Mitglied der Weisshelme wurde:



Das heisst, Hollywood hat Terroristen und ihre Propaganda mit einem Oscar ausgezeichnet!!!

Ist nichts Neues, denn die Taliban (damals hiessen sie Mudschaheddin) wurden 1988 mit dem Hollywoodfilm «Rambo III» geehrt, weil sie mit Hilfe der CIA gegen die Sowjets in Afghanistan kämpften.



Die ursprüngliche VHS-Veröffentlichung hatte am Ende die Widmung: «Dieser Film ist den mutigen Mudschaheddin-Kämpfern gewidmet», obwohl dies später nach 9/11 für die DVD in «... den galanten Menschen Afghanistans gewidmet» geändert wurde.

Gute Terroristen sind die, die gegen «unsere» Feinde kämpfen, wie damals gegen die Sowjetunion und heute gegen Syrien und Iran. Böse Terroristen sind die, die «uns» bekämpfen.

Der Film wurde übrigens zum Grossteil in Israel gedreht!!!

Na dann viel «Spas», wenn die Massenmörder nach Amerika, Europa und auch nach Deutschland gebracht werden. Wer glaubt, diese Schlächter würden auf einmal friedlich und sie würden sich integrieren, der ist mehr als naiv.

Schon vergessen? Der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin, der Anschlag gegen den Nachtclub von Orlando und die Bombenanschläge in Manchester, so wie viele andere, haben sogenannte «Asylsuchende» durchgeführt.

Wie völlig unverantwortlich muss man sein, sich nachweisliche Terroristen ins Land zu holen???

Der deutsche Innenminister Seehofer hat gesagt, «*wir nehmen acht Mitglieder und ihre Familien auf!*»

Es waren Trump und Trudeau sowie May, die Israel gebeten haben, die Mitglieder der Weisshelme aus Syrien zu evakuieren, wie Netanjahu erklärt hat.

«*Präsident Trump und auch der kanadische Premierminister Trudeau und andere haben uns gebeten, dabei zu helfen, Hunderte von Mitgliedern der Weisshelme aus Syrien abzuziehen*», sagte Netanjahu am Sonntag in einer Videoansprache. Na also, das ist der Beweis, dass die anglo-amerikanischen Terrormanager ihre Söldner aus Syrien holen, denn dort können sie nach der Befreiung von bald dem ganzen Lande nicht mehr operieren.

UPDATE: Die Luftwaffe der Terroristen, bestehend aus F-15 der israelischen IDF, haben am Sonntag Luft-Boden-Raketen auf Ziele in der Nähe der Stadt Masyaf in der Provinz Hama im Westen von Syrien abgefeuert. Die israelischen Kampffjets verletzten und missbrauchten wieder den libanesischen Luftraum, um von dort aus auf Forschungsanlagen des syrischen Militärs zu treffen. Es geht also nicht um Terrorbekämpfung, sondern um die gezielte Schwächung der syrischen Armee. Faktisch ist das ein Angriffskrieg von Israel gegen Syrien. Man hat sich mittlerweile daran «gewöhnt», dass Israel seine Nachbarn angreift und niemand sagt was. Dabei, um diese kriminellen Taten zu verstehen: Was wäre los, wenn umgekehrt, die syrische Luftwaffe israelische Militäranlagen bombardieren würde?

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/07/evakuierung-beweist-weisse-helme-sind.html#ixzz5M9EyvTA5>

Der Brief des Syrer: Leserbrief eines Flüchtlings über gescheiterte Integration, deutsche Denkverbote und «Refugees welcome»

Epoch Times; Aktualisiert: 24. Juli 2018 6:45

Wenn ein nach Deutschland geflüchteter Syrer über gescheiterte Integration, politischen Islam und Denkverbote in Deutschland berichtet, halten manche das für «Fake News», andere schimpfen und beleidigen. Eine Leserin der «Saarbrücker Zeitung» allerdings sagte Danke: «Danke für ihren Mut, Herr Abboud!»

Sie habe den Gastbeitrag des syrischen Zahnarztes Majd Abboud in der «Saarbrücker Zeitung» gelesen, in dem er das Verhalten vieler seiner nach Deutschland gekommenen Landsleute kritisierte, schrieb eine Leserin an die «SZ» als Antwort auf den Beitrag, den sie unter dem Titel «Danke für Ihren Mut, Herr Abboud!» einreichte.

Carolin W. aus Peiting in Bayern meinte, nicht diejenigen, welche versuchen, sich zu integrieren, respektvoll und fleissig seien, sondern die vielen, die die «Gastfreundschaft der Deutschen ausnutzen» würden. Dies könne man doch nicht schönreden. Es seien mit dem Flüchtlingsstrom grosse Probleme in unser Land gekommen, was Fakt sei.

Die Leserin fand es schrecklich, wie viele negative Kommentare es auf den Gastbeitrag von Majd Abboud gab:

«Einige mit deutschem Namen glauben, dass Majd Abboud ein Fake ist, weil man nach drei Jahren noch nicht so gut Deutsch könne, okay ... Aber dann sind da so schrecklich viele Kommentare von Leuten mit nicht-deutschem Namen, die Abboud aufs Übelste beleidigen. Da ist so viel Hass zu spüren.»

(Carolin W., Bayern, «SZ»-Leserin)

Das seien genau die Leute, von denen der Syrer in seinem Beitrag gesprochen habe. Es sei kein Geheimnis mehr, dass auch viele IS-Kämpfer und deren Sympathisanten nach Deutschland «geflohen» seien. Sie dankte Abboud für seinen Mut, mit seinem Echt-Namen und Foto seinen Brief veröffentlicht zu haben.

Der Brief des Syrer

Eine Woche zuvor hatte die «Saarbrücker Zeitung» den Gastbeitrag des Syrer Majd Abboud unter dem Zitat-Titel «Die Undankbarkeit vieler Syrer ist mir peinlich» veröffentlicht. Abboud flüchtete in einem Schlepperboot über das Mittelmeer nach Griechenland. 2015 kam er nach Deutschland, ins Saarland.

Er sei voller Hoffnung auf ein friedliches Leben nach Deutschland gekommen, so der Mann aus West-Syrien. Er hatte gehört, dass das Land für eine gute Integration bekannt sei.

Doch wie sieht die derzeitige Situation aus?

«Refugees welcome» und die Denkverbote

Initiativen wie «Refugees welcome» seien 2015 von den Flüchtlingen als Einladung nach Deutschland verstanden worden. Man werde dort gebraucht. Die Menschen strömten mit einer grossen Erwartungshaltung ins Land.

Doch die «unüberschaubare Anzahl an Flüchtlingen» machte eine Prüfung der Berechtigung selbst für die als gut organisiert bekannten Deutschen unmöglich.

Viele der Flüchtlinge hätten ihre Erwartungen dann aber nicht erfüllt gesehen und «mit Kritik und Undankbarkeit» reagiert, was ihm peinlich gewesen sei. Abboud hatte immer das Gefühl, sich für seine Landsleute entschuldigen zu müssen.

Deutschland habe dann neue Massnahmen ergriffen, um sich den Einwanderern anzupassen, sie zufriedenzustellen.

«Die Tatsache, dass unter den Flüchtlingen auch viele Radikale waren, die im Krieg mitgewirkt und die Chance zur Flucht ergriffen haben, als sie sahen, dass der Kampf gegen die Regierung erfolglos war, ist nicht mehr zu vertuschen.»

(Dr. Majd Abboud)

Die deutsche Regierung habe aber nicht nur viel zu lange die Augen davor verschlossen, sondern auch jene, welche darauf hingewiesen hatten, als ausländerfeindlich dargestellt.

Er habe auch festgestellt, dass es in Deutschland «trotz der viel gepriesenen Meinungsfreiheit», die man in den arabischen Ländern so vermisst habe, immer noch Tabus gebe.

«Ich glaube, dass sich das Land mit solchen gut gemeinten Denkverboten keinen Gefallen tut.»

(Dr. Abboud, syrischer Flüchtling)

Politischer Islam, «Rebellen» und Integration

In Syrien sei leider viel in rebellische Gruppen und damit in den politischen Islam investiert worden. Viele der Flüchtlinge in Deutschland würden solchen Gruppierungen nahe stehen. Man verstünde sich deshalb auch nicht als Gäste, sondern als Partner, «die es verdient haben, bedient zu werden», so der Syrer.

«Unsere Rebellen wussten, dass diejenigen, die an der Seite des Westens stehen, sich alles erlauben können.»

(Dr. Abboud)

Das war der Grund, warum der Integrationsprozess «von Anfang an zum Scheitern verurteilt» gewesen sei. Um das Ruder noch herumreissen zu können, müsse Deutschland die Radikalen unter den Flüchtlingen identifizieren und sich klar vom politischen Islam distanzieren.

Schon in den 80er Jahren hätte Grossbritannien die Muslimbruderschaft in Syrien unterstützt, die viele Anschläge im Land verübt hätten. Diese seien «als Rebellen verharmlost» worden, erläutert Dr. Abboud. Der Grund sei, dass sich der Westen nicht selbst die Hände in politischen Konflikten schmutzig machen wollte, sondern «oppositionelle Gruppen finanziell und durch Waffenlieferungen» unterstützt hätte. (sm)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/der-brief-des-syrers-leserbrief-eines-fluechtlings-ueber-gescheiterte-integration-deutsche-denkverbote-und-refugees-welcome-a2500007.html?text=1>

Bernd Ulrichs Danksagung an Angela Merkel

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 23. Juli 2018

Es wird ganz Deutschland einstmals Merkel danken.

In jeder Stadt steht Merkels Monument.

Dort wird sie sein, wo sich die Reben ranken,

Und dort in Kiel erkennt sie ein Student.

Dort wird sie sein, wo sich von ihr die Fluten

Des Rheins erzählen und der Kölner Dom.

Dort wird sie sein in allem Schönen, Guten,

Auf jedem Berg, an jedem deutschen Strom.

Allüberall, wo wir zu denken lernen

Und wo man einen Lehrsatz streng beweist.

Vergleichen wir die Genien mit den Sternen,

So glänzt als hellster der, der Merkel heisst ...

Nein, ganz so schlimm hat es Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der Zeit, in seinem Text ‹Zeit zu gehen› nicht getrieben. Er hat sich nicht Johannes R. Bechers Danksagung an Stalin bedient. Nein, er benutzte ausgerechnet Matthias Claudius wunderschönes Abendlied – mein Lieblingsgedicht – um seiner Huldigungs-Hymne einen besonderen Touch zu verleihen. Deshalb kann ich diesen Text nicht ‹still belachen›, weil meine Augen ihn leider sehen mussten.

Ulrichs Eloge beginnt mit der steilen These:

«Wenn Angela Merkel abtritt, steht nichts mehr zwischen den Deutschen und der Wirklichkeit. Sie sind darauf nicht gut vorbereitet.» Darunter eine Fotomontage, in der die Kanzlerin in schönster Abenddämmerung gebeugt in Richtung Bildrand schreitet. So viel Mut zum Kitsch ist schon fast wieder witzig, wenn der Text danach nicht so bitter ernst gemeint wäre.

«Am besten fangen wir schon mal an, uns nach ihr zurückzusehen. Nach dieser starken Frau, dieser unvergleichlichen Politikerin und grossen Kanzlerin.»

Becher hätte das nicht devoter formulieren können. Danach verschwindet der Artikel hinter der Bezahlschranke. Besser so, das hält den einen oder die andere davon ab, sich den Rest anzutun.

Grosse Kanzlerin, vergleichbar mit Kohl und Adenauer? Vorsichtshalber liefert Ulrich keine Belege für seine kühne Behauptung. Es gibt sie nicht.

Die Realität, vor der uns Merkel angeblich schützt, sieht so aus: Es gibt kein einziges Projekt während Merkels Kanzlerschaft, das nicht völlig missglückt wäre und uns eher früher als später um die Ohren fliegt.

Die ‹Energiewende› hat uns nicht nur die höchsten Stromkosten in Europa beschert und aus einer verlässlichen, kontinuierlichen Stromversorgung ‹Zappelstrom› gemacht, der unseren Hochtechnologiestandort mit jedem Tag mehr gefährdet. Sie ist dabei, die gewachsene Kulturlandschaft nachhaltig zu zerstören, durch immer mehr überflüssige Windkraftanlagen, für die seit Jahren keine Netzkapazität mehr zur Verfügung steht. Der Zusammenhang zwischen öden Monokulturen von angeblichen ‹Energiepflanzen› und dem rasanten Schrumpfen unserer Vogel- und Insektenbestände wird vorsichtshalber gar nicht untersucht. Dafür fressen sich die Windräder schon in unsere Wälder, wo sie dann von den Wölfen angeheult werden können, wenn es Vollmond gibt. Den Wölfen geht es gut in Merkel-Land. Der Futtertrog ist prall gefüllt mit Weidetieren. Die wachsende Population hat sogar zu einem neuen Berufsbild geführt: Der Rissbeschauerin, die amtlich feststellt, ob die Schafe tatsächlich von einem Wolf getötet wurden, oder sich selbst zu Tode gebracht haben. Nur im ersteren Fall zahlt die Staatskasse.

Wobei wir bei einem Punkt wären, an dem Merkels Kanzlerschaft tatsächlich grösser ist, als die ihrer Vorgänger. Nie war der Griff in die Staatskasse unverschämter als unter der ‹Unvergleichlichen›. Es würde den Rahmen dieses Textes sprengen, auch nur den Versuch zu machen aufzuzählen, in welchen Fällen Merkels ‹diplomatisches Geschick› darin bestand, dem Gegenüber finanzielle Zugeständnisse zu machen. Wenn man sagen würde in allen, läge man wahrscheinlich nicht ganz falsch. Mir ist jedenfalls kein Fall bekannt, wo allein Merkels gute Argumente obsiegt hätten.

Im Ukraine-Konflikt, der von Ulrich angeführt wird, hat Merkel nur in den deutschen Medien etwas bewegt, in der Realität hat das ‹Verhandlungsgeschick› der Kanzlerin den Konfliktparteien nichts gebracht. Wenn wir noch eine kritische Presse hätten, wüssten wir das. So werden wir vor der Wahrheit von Merkels Versagen bewahrt.

Ach ja, die Realität, die allen Huldigungs-Gesängen immer wieder einen Strich durch die Rechnung macht: Noch Anfang der Nullerjahre konnten in Deutschland noch Love-Paraden mit über einer Million Teilnehmern stattfinden, ohne dass die Polizei mehr tun musste, als den Verkehr zu regeln. Heute kann in Provinzstädten kein Kirchenkonzert mehr ohne Security stattfinden, kein Weihnachtsmarkt, kein Volksfest ohne Merkelpoller. Zahlreiche Veranstaltungen fallen ganz aus, weil die geforderten Sicherungsmassnahmen nicht mehr bezahlbar sind.

Die Ulrichs in den Medien schreiben sich die Finger wund und reden sich heiser, um uns, die wir schon länger hier leben, von der Wahrnehmung der Realität abzuhalten. Noch nie seit Ende der zwei Diktaturen in Deutschland wurde so viel beschönigt, vertuscht, verharmlost und auch gelogen, um die wahren Verhältnisse in Merkel-Deutschland nicht eingestehen zu müssen.

Natürlich lobt Ulrich die Kanzlerin auch für ihr Verhalten in der Flüchtlingskrise. Er räumt zwar ein, dass sie einen Fehler gemacht haben könnte, als sie anwies, alle Asylbewerber auch ohne gültige Papiere ins Land zu lassen. Aber, so setzt er sofort hinzu, es sei ja nicht klar, ob die Abweisung der bedingungslos Einlass Begehrenden nicht viel schlimmere Folgen hätte haben können.

Unvorstellbar, was Deutschland entgangen wäre, wenn es nicht tausende IS-Terroristen, ungezählte Kriminelle, keinen Anis Amri, Abdul D., Ali B. Sami A. oder keinen 34-jährigen Iraner mit deutschem Pass gegeben hätte! Mia und Susanna würden noch leben, man müsste sich nicht die unsäglichen Medien-Diskussionen antun, die

über eine Gefahr für den Rechtsstaat schwadronieren, weil ein vermutlicher Mehrfach-Mörder trotz eines noch nicht rechtskräftigen Urteils nach jahrzehntelanger Alimentierung endlich abgeschoben wurde, und man könnte in Lübeck gefahrlos einen Linienbus benutzen!

Nicht nur Merkels Alleingang bei der Öffnung der Grenze für Einwanderer ohne Papiere war ein Fehler, sondern danach wurde alles falsch gemacht, was man bei der Einwanderung nur falsch machen kann. Um nur ein Beispiel anzuführen, haben wir gerade von Mesut Özil erfahren, dass man von Integration nicht reden kann, selbst nicht bei Leuten, die Deutschland zu weltbekannten Millionären gemacht hat.

Historiker werden Merkel ein verheerendes Zeugnis ausstellen. Ihre Politik zersetzt nicht nur den Rechtsstaat in unserem Land, sondern treibt Europa auseinander. Zu Kohls Zeiten vertraute man Deutschland so sehr, dass trotz grösster Bedenken die deutsche Vereinigung im Einvernehmen mit den anderen Staaten ins Werk gesetzt werden konnte.

Heute gelingt es der grossen Kanzlerin nicht einmal, die Partner auf die Einhaltung des Dublin-Abkommens zu verpflichten. Mit Hilfe der deutschen Medien wird auch diese Realität von den Deutschen fernzuhalten versucht, indem man einfach behauptet, Merkel hätte Erfolge auf dem EU-Gipfel erzielt, der nichts hervorbrachte als blosser Absichtserklärungen, die freiwillig eingehalten werden konnten, oder auch nicht.

Hat sie nicht wenigstens den Euro gerettet? Das bleibt abzuwarten. Fest steht aber, dass die Einheitswährung nicht gut ist für die Länder mit schwächeren Wirtschaften. Italien, der nächste Rettungskandidat, kann nicht behandelt werden wie Griechenland. Am Ende bleiben die Deutschen auf den Verpflichtungen sitzen, die Merkel, ohne das Parlament zu fragen, eingegangen ist. Unser Erspartes ist bereits für die Europäische Einlagensicherung verpfändet. Die meisten werden das erst am Zahntag merken.

Ach ja, die Gute ist frei von jeglichen Rachegefühlen, lässt alle Meinungen zu, behauptet Ulrich, der bekennt, dass er der Kanzlerin auch persönlich begegnet ist. Er muss eine ganz andere Frau getroffen haben, als die, die ich kenne – immerhin seit Anfang 1990, seit wir Pressesprecherinnen von neu gegründeten Parteien waren. Ich für die «Grüne Partei», sie für den «Demokratischen Aufbruch».

Ich habe immer nur eine Merkel erlebt, die nicht den geringsten Widerspruch duldet und die alles andere als nicht rachsüchtig ist. Seit sie Kanzlerin ist, sorgt Fraktionsvorsitzender Volker Kauder dafür, dass es keinen Widerspruch gegen Merkel gibt – wenn doch, hat das Folgen.

In Merkel-Deutschland herrscht die Angst, auch ausserhalb der Bundestagsfraktion. Das Land ist tief gespalten. Statt diese Spaltung zu heilen, wird sie mit jedem Tag vertieft. Denunziation, soziale Ausgrenzung, Übergriffe auf Büros, Wohnhäuser und Unternehmen von Andersdenkenden, bis hin zu körperlichen Attacken, sind an der Tagesordnung. Das hat es natürlich auch schon früher vereinzelt gegeben. Neu ist, dass es jetzt systematisch verübt wird und die Regierung Merkel das indirekt finanziert, wenn es dem «Kampf gegen Rechts» dient. In Merkel-Deutschland haben Menschen Angst, eine Bundestagspetition zu zeichnen, die als missliebig gilt, weil sie der Politik der Kanzlerin widerspricht. Sie fürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes, nicht ohne Grund, denn es wurde Unterzeichnern öffentlich mit dem wirtschaftlichen Ruin gedroht.

Nein, die Deutschen machen sich bestimmt wenig Illusionen über die Realitäten in Merkel-Deutschland. Inzwischen soll die Ablehnung ihrer Flüchtlingspolitik auf 70% der Bevölkerung gestiegen sein. Dieser Mehrheit wird in den Medien nicht nur keine Stimme gegeben, sie wird mit allen propagandistischen Mitteln bekämpft.

Leider werden wir auf absehbare Zeit noch keine Gelegenheit haben, uns nach Merkels Kanzlerschaft zurückzusehen. Sie wird sich bis zum allerletzten Moment an ihr Amt klammern, egal welche Folgen das für Deutschland oder Europa hat. Wir wissen aus der jüngsten Geschichte, dass sich bankrotte Systeme und unfähige Politiker noch lange halten können. Manchmal verheerend lange.

Aber dann sind sie weg und die Apologeten stehen blamiert da. Ulrich wird sein Text eines Tages so peinlich sein, wie Johannes R. Becher sein Stalin-Gedicht. Aber Becher hatte sich selbst eine Rechtfertigung für sein Tun auf den Grabstein geschrieben: «Denn dies war meines Werkes heilige Sendung – Dienst an der Menschheit künftiger Vollendung.»

Ich fürchte, Ulrich wird dem heimlich zustimmen.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/07/23/3306/#more-3306>

Neuanfang nach der CDU: Erika Steinbachs Kampf gegen «diktatorisches Verhalten», für unsere «kulturelle und historische Identität»

Von Steffen Munter mit Material von AFP; Aktualisiert: 23. Juli 2018 21:21

Erika Steinbach weiss auch mit 75 noch ganz genau, worum es ihr geht: «Es geht um die Zukunft Ihrer Kinder, es geht um die Zukunft meiner Neffen und Nichten und es geht ganz dramatisch um die innere Verfasstheit unseres Staates und die gesellschaftspolitischen Entwicklungen des Landes, das ich liebe. Es geht mir um Deutschland!»



Erika Steinbach (re.) gilt als grosse Kritikerin der Einwanderungs- und Migrationspolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel (li.).Foto: Sean Gallup/Getty Images

Erika Steinbach war 1974 der CDU in Frankfurt am Main beigetreten, als damals unpolitischer Mensch in den 1930ern, wachgerüttelt von den gewalttätigen Studentenkrawallen der 68er-Bewegung, den illegalen Hausbesetzungen und beständigen Landfriedensbrüchen, wie sie auf ihrer Webseite schreibt. Sie war vom politischen Fundament der CDU begeistert und von «Alfred Dreggers Furchtlosigkeit» im Kampf des damaligen CDU-Landesvorsitzenden in Hessen gegen die anarchischen Zustände. Es folgten ab 1977 lange Jahre als Stadtverordnete in Frankfurt bis zu ihrem Einsatz für die CDU/CSU-Fraktion ab 1990 im Bundestag.

Das Ende ...

Dass sich Steinbach schon immer für das Wohl und die Rechte anderer einsetzte, belegt nicht nur ihre Aktivität seit 2005 als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sondern auch ihr ehrenamtliches Engagement, beispielsweise seit 1998 als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen e. V. (bis 2014) und von 2000–2018 als Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, wie die Webpräsenz des Bundestags informiert.

Immer wieder sorgte Erika Steinbach für Kontroversen durch provokante Äusserungen und Veröffentlichungen, vielleicht um überhaupt eine Diskussion in der verschlafenen Parlamentspolitik auszulösen. Wie die AFP beispielsweise schreibt, habe sie gefordert, dass Muslime, die in die CDU eintreten wollten, zuvor eine «Anti-Scharia-Erklärung» unterschreiben sollten, um tatsächlich auch sicherzustellen, dass für sie das Grundgesetz das oberste Gebot ist. Im Umkehrschluss erleichtere dies laut Steinbach «bei Aufdeckung den Parteiausschluss». Ebenso für Aufregung sorgte ein Posting von Erika Steinbach Anfang 2016, mit dem sie offenbar auf die Gefahren der Masseneinwanderung hinweisen wollte, auf die ihr eigene überspitzte Art. Unter dem Titel «Deutschland 2030» war ein blondes Kind zu sehen, umringt von afrikanischen Männern. Diese fragten: «Woher kommst du denn?» Auch warf sie ihrer damaligen Partei vor dem Austritt vor, für die Erfolge der AfD mitverantwortlich zu sein, weil die Christdemokraten ihr konservatives Profil und damit die Kernwähler am rechten Rand aufgegeben hätten.

Am 15. Januar 2017, nach 43 Jahren CDU-Mitgliedschaft, war es dann so weit und Erika Steinbach stellte sich die Frage, ob sie heute auch noch Mitglied der CDU werden oder als Nichtmitglied die Partei wählen würde. Nachdem sie nach «gründlicher Analyse und Abwägung» zu einem «Nein» kam, war die «einzige ehrliche Konsequenz gegenüber der CDU und mir selbst» der Parteiaustritt.

«Das ist nicht mehr meine Partei», war Erika Steinbach, die seit dem Jahr 2000 im Bundesvorstand war klar. Damit beendete sie auch ihren Einsatz für deren Bundestagsfraktion, nach 27 Jahren Parlamentszugehörigkeit.

... und mit 75 ein Neuanfang

Happy Birthday! Am Mittwoch, 25. Juli, Erika Steinbach wird 75 Jahre alt und startet noch einmal richtig durch. Die für so manchen unbequeme und streitbare Politikerin wird sich auch in ihrer neuen Funktion treu bleiben – daran lässt sie keinen Zweifel.

Ihren ersten grossen Auftritt hatte Erika Steinbach am 30. Juni auf dem Bundesparteitag der AfD in Augsburg. Bereits während der Bundestagswahl im September 2017 unterstützte die parteilose Politikerin die Oppositionspartei, die trotz medialem «rechts»-Bashing immer mehr Befürworter in der Bevölkerung findet. Vor der Bundestagswahl schaltete sie beispielsweise Zeitungsanzeigen mit der Überschrift «Warum ich AfD wählen werde». Hier stellte sie die von ihr nach «sehr gründlicher Überlegung» als Vorsitzende übernommene parteinahe Desiderius-Erasmus-Stiftung vor, die sich «für die Festigung und Erneuerung der Demokratie durch mehr direkte Bürgerbeteiligung und durch weniger EU-Bevormundung» einsetzt.

Die Rede in Augsburg

Im Familienkreis wurde Steinbach gefragt, warum sie ihre Energie immer noch auf die Politik verwende, anstatt endlich mehr Zeit für sich selbst und die Familie zu haben, schilderte sie zu Beginn ihrer Rede in Augsburg.

«Ich habe die rein ehrenamtliche Aufgabe übernommen, weil es mich umtreibt, was mit und in Deutschland geschieht. Es geht um die Zukunft Ihrer Kinder, es geht um die Zukunft meiner Neffen und Nichten und es geht ganz dramatisch um die innere Verfasstheit unseres Staates und die gesellschaftspolitischen Entwicklungen des Landes, das ich liebe. Es geht mir um Deutschland!»

Es sei aber weit darüber hinaus «ein ganz elementares Anliegen, unseren Bürgern die unverzichtbaren Grundlagen unseres Staates, unserer Demokratie und unseres reichen kulturellen Erbes zu vermitteln», wozu die Einhaltung des Rechts, die Meinungsfreiheit, aber auch «die Vergewisserung und die Vermittlung unserer kulturellen und historischen Identität» gehöre.

In ihrer Rede in Augsburg kritisierte die heute parteilose Politikerin deutlich die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, was vom anwesenden Publikum begeistert applaudiert wurde.

Am Rande einer Diktatur?

Seit 2005 lebe man zunehmend in einem Land, «in dem die Regierung unsere geltenden Gesetze nach eigenem Belieben einhält – oder auch nicht», laut Steinbach ein diktatorisches Verhalten in sehr beunruhigendem Ausmass, das durch eine breit gefächerte Medienlandschaft sekundiert werde. Doch einen Aufstand aller Bundestagsfraktionen dagegen gebe es nicht.

Auch aktuell beharre die Bundeskanzlerin auf völlig durchlässigen Grenzen, was einen nicht abreisenden Strom von Migranten nach sich ziehe. Steinbach forderte alle auf, die «diesen irrsinnigen Weg für richtig halten, in konsequenter Haltung ab sofort ihre Wohnungstüren offen zu lassen».

Erika Steinbach erinnerte in ihrer Rede an folgendes Zitat, welches nicht von Alexander Gauland stamme:

«Ein Staatsoberhaupt, das sein Volk nicht liebt, für selbiges nicht kämpft und sein Wohl nicht im Sinn hat, ist weniger wert als ein Pferdeapfel.»

(Friedrich der Grosse, König von Preussen)

AfD-Mitglied ist Steinbach allerdings bis heute nicht – und will es auch nicht werden, wie sie am Rande des Augsburger Parteitags der Nachrichtenagentur AFP sagte. Schliesslich seien auch 99 Prozent der AfD-Wähler keine Parteimitglieder. Jedoch: Erst seit die AfD dem Bundestag angehöre, gebe es einen massiven Widerstand gegen den «selbstherrlichen, rechtswidrigen Regierungsstil» der Kanzlerin, und deren Bundestagsabgeordnete hätten mit zahlreichen hervorragenden Reden in den anderen Fraktionen zu erheblichen Turbulenzen geführt. «Und das ist gut so», findet die streitbare parteilose Politikerin.

Nun, vielleicht findet Erika Steinbach doch noch einmal Geschmack an der politischen Diskussion im Bundestag und diesmal auf der Seite der Opposition.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/neuanfang-nach-der-cdu-erika-steinbachs-kampf-gegen-diktatorisches-verhalten-fuer-unsere-kulturelle-und-historische-identitaet-a2500111.html?meistgelesen=1>

«Antifa» im deutschen Mainstream

21:31 26.07.2018; Karl-Jürgen Müller

Warum der neue westliche «Antifaschismus» nur wenig mit dem Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus zu tun hat.

Angela Merkel, so war in einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 21. Juli 2018 über die «Sommerpressekonferenz» der deutschen Kanzlerin zu lesen, sorgt sich um die politische Kultur in Deutschland. Sie wolle «ihre restliche Regierungszeit nutzen, um sich für andere, sanftere Umgangsformen einzusetzen». Die sozialen Netz-

werke hätten «die politische Kultur nachhaltig verändert», es gebe einen «Prozess der Verwehrlosung», den man nur aufhalten könne, «indem man mit gutem Beispiel vorangeht».



© AFP 2018 / John Macdougall

Auf den ersten Blick möchte man der deutschen Kanzlerin zustimmen. Aber dann kommt man ins Nachdenken: Was genau meint die Kanzlerin? Welchen Anteil hat die Politik der Kanzlerin an der von ihr nun kritisierten Entwicklung? Und wie geht die Kanzlerin selbst mit Kritik an ihrer Politik um?

«Schafft die Nationalstaaten ab!»

Bis heute umgibt sich Merkel und umgeben die ihr dienenden Kräfte in und ausserhalb des Landes die deutsche Regierungspolitik mit der Aura der «Alternativlosigkeit». Das hat fatale Folgen für die Demokratie gehabt. Andere Analysen und Meinungen galten nicht mehr als Alternativen, sondern als von vornherein falsch und keinesfalls gleichberechtigt. Politik als «alternativlos» zu bezeichnen tötet die demokratische Debatte ab und erinnert doch recht deutlich an ein Lied der ehemaligen SED: «Die Partei, die Partei, die hat immer recht ...»

Als besonders «alternativlos» galt und gilt die Auflösung souveräner europäischer Nationalstaaten und die «Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union». So widmete selbst die Schweizer «Neue Zürcher Zeitung» am 7. Juli 2018 dem Projekt der Ausrufung einer «Republik Europa» einen sehr wohlwollenden Artikel und eine ganze Zeitungsseite ... und titelte mit einem Zitat der Protagonisten: «Schafft die Nationalstaaten ab!»

Der Erfolg und die Verbreitung sogenannter «alternativer Medien» hat nicht zuletzt etwas damit zu tun, dass sich immer weniger Menschen in den sogenannten «Mainstream-Medien» verstanden und vertreten sehen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass diese «Mainstream-Medien» wie gleichgeschaltet berichten und kommentieren – am Bürger vorbei. Das hat immer mehr Menschen misstrauisch gemacht und nach Alternativen suchen lassen.

Die schärfste Waffe im Kampf gegen Alternativen

Die schärfste Waffe der Regierungspolitik im Kampf gegen Alternativen ist der Griff in die Kiste des «Antifaschismus». Das ist im Prinzip nichts Neues. Schon 1994 veröffentlichte der damalige Bonner Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter das Buch «Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken».

Das «letzte Aufgebot der deutschen Linken» hat heute allerdings den Mainstream und Regierungsbänke erreicht. Dafür gibt es viele Hinweise und Belege. Das geht so weit, dass im regierungsamtlichen «Kampf gegen rechts» staatliche Gelder an extremistische Antifa-Gruppen fliessen. Die Politik der Regierung ist geradezu paradox – oder aber auch nicht, sondern mit voller Absicht konstruiert. Da fliessen auf der einen Seite staatliche Gelder an die Antifa, auf der anderen Seite weist das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinen Jahresberichten bis heute auf die Gefährlichkeit des «Antifaschismus» hin.

So heisst es im neusten Bericht über das Berichtsjahr 2017 (Stand: Juli 2018) unter der Überschrift «Antifaschismus»:

«Aus linksextremistischer Sicht hat der «Faschismus» seine Wurzeln im «Kapitalismus». Der Kampf gegen Rechtsextremismus gilt vor diesem Hintergrund nur dann als ausreichend und zielführend, wenn er die vermeintlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen mit in den Fokus rückt und angreift. «Antifaschismus» sei deshalb auch immer «Kampf gegen das kapitalistische System» und seine Unterstützer und damit mehr als der blosse Kampf gegen Rechtsextremismus. In einem Aufruf zu einer Demonstration gegen «Nazis» wird diese Haltung deutlich: «Der Kampf gegen den Faschismus ist auch der Kampf der Unterdrückten gegen die herrschende Klasse. Dessen Zerschlagung kann nur durch das Überwinden des kapitalistischen Systems erreicht werden.» (Homepage «Antifaschistische Aktion Karlsruhe», 2. März 2017)

Antifa: Gewalttätiger Kampf gegen die bürgerliche Demokratie

Weiter unten heisst es: «Linksextremisten suchen vornehmlich die direkte Konfrontation mit «Faschisten» auf der Strasse und scheuen auch nicht vor körperlichen Angriffen zurück.» Dann folgt ein Zitat: «Militanter An-

tifaschismus bleibt notwendig und kann gar nicht oft genug praktiziert werden.» (Internetplattform linken.indymedia, 16. Januar 2017)

Mit anderen Worten: Der gewalttätige Kampf der Antifa gegen den «Faschismus» ist ein gewalttätiger Kampf gegen bürgerliche Werte und die bürgerliche Demokratie, ein Kampf gegen den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

Madeleine Albright warnt nun auch vor Faschismus

Den «Kampf gegen rechts» führt jetzt auch die ehemalige US-amerikanische Aussenministerin aus der Partei Clintons und Obamas, Madeleine Albright. Ihr Mitte Juli 2018 in deutscher Übersetzung erschienenenes und im deutschsprachigen Raum (auch in der Schweiz) sehr umworbenes Buch trägt den Titel «Faschismus. Eine Warnung». Das «St. Galler Tagblatt» veröffentlichte am 20. Juli 2018 ein langes Interview mit Frau Albright, die dort ihre Überlegungen darlegen konnte.

Frau Albright sieht eine faschistische Gefahr nicht nur in irgendwelchen politischen Splittergruppen – die es tatsächlich gibt –, sondern auch in der Politik von ihr unliebsamen Regierungen. Eine wissenschaftlich angemessene systematische und geschichtliche Analyse zum Faschismus fehlt. Das Buch politisiert vor allem. Es geht gegen Donald Trump, Wladimir Putin und Nordkorea. Gegen europäische Regierungen, die wieder mehr nationale Souveränität fordern. Gegen Kritik an den Mainstream-Medien und gegen Kritik an der Migrationspolitik der deutschen Kanzlerin (und den dahinter stehenden politischen Kräften). Nicht alles davon sei schon Faschismus, sagt Albright. Aber der Weg in den Faschismus würde beschritten. Deshalb müsse sie warnen.

Albright – Fischer – Merkel

Madeleine Albright ist eine Gesinnungsgefährtin von Angela Merkel. Und von Joschka Fischer, dem ehemaligen Grünen-Politiker und deutschen Aussenminister. Wie viele andere US-Politiker der Kriegerfraktion ist sie voll des Lobes für Deutschland: «Ich denke, dass Deutschland eine Schlüsselrolle im positiven Sinne gespielt hat in der Entwicklung des Nachkriegseuropa.»

Dann: «Ich möchte sagen, einer derjenigen, die ich am meisten respektiere, einer meiner besten Freunde, ist Joschka Fischer. [...] Seine Revolte gegenüber dem, was Faschismus war und bedeutete, seine Warnungen, seine Glaubwürdigkeit in Bezug auf den Balkan, als er aufforderte, etwas zu tun: Wir dürfen Auschwitz nicht noch einmal zulassen. Er hat damals eine grosse Rolle gespielt.» Und einen Satz weiter: «Deutschlands Rolle ist wichtig. Kanzlerin Merkel ist jemand, der eine bedeutende Stimme hat.»

Wer ist Frau Albright?

Zur Erinnerung: Madeleine Albright und Joschka Fischer waren 1998 und 1999 die politischen Hauptakteure bei der Vorbereitung und Durchführung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Sie sind verantwortlich für mehr als 2000 unmittelbare Kriegstote, die Zerstörung eines Landes mitten in Europa und bislang nicht gezählter Opfer des Einsatzes radioaktiver Waffensysteme. Albrights und Fischers «Antifaschismus» war (und ist) mörderisch.

In Erinnerung rufen muss man auch die Antwort von Frau Albright auf die Frage, ob die nach 1991 verhängten jahrelangen Sanktionen gegen Irak zu rechtfertigen seien – in Anbetracht von einer halben Million Kindern, die an den Folgen dieser Sanktionen gestorben sind. Albright antwortete, diesen Preis sei es wert gewesen.

Merkel ist unglaubwürdig

Sicher ist: So lange Alternativen zur bisherigen Politik der USA sowie der EU und ihrer Staaten unter den Faschismus-Verdacht gestellt werden – und dann auch noch von Politikern, die selbst der Gewaltpolitik das Wort reden und sie betreiben –, wird Angela Merkels Anliegen, das sie auf ihrer «Sommerpressenkonferenz» geäußert hat, wie Hohn klingen. «Wer selbst im Glashaus sitzt ...», wird man zurecht entgegnen. Merkel ist unglaubwürdig.

Nur wenn sie sich als Kanzlerin tatsächlich dafür einsetzen würde, dass es wieder einen demokratischen Diskurs in Deutschland gibt, dass viele verschiedene politische Meinungen Recht auf Achtung und gleichberechtigten Umgang haben, dass das Sachargument zählt und nicht die Polemik, dass der andere Mensch als denkender Bürger respektiert und geschätzt wird ... nur dann kann es besser werden.

Eine moderne deutsche Kurzgeschichte erzählt, wie einem Mann gekündigt wurde und niemand im Betrieb – weder Personalchef, noch Vorgesetzter, noch Betriebsrat – Gründe nennen und die Verantwortung dafür übernehmen wollte und alle Verantwortung auf einen Computer geschoben wurde. In seiner Ratlosigkeit und Verzweiflung über seine Arbeitslosigkeit schlägt der Mann nach ein paar Wochen mit einem Hammer auf den Computer ein – sicher keine Lösung.

Aber wie ist das Verhalten von Personalchef und Vorgesetztem zu beurteilen, über die es am Ende der Kurzgeschichte heisst: «Wie gut wir daran taten, ihn zu entlassen», meinte der Personalchef, als er sich darüber mit den früheren Vorgesetzten des Mannes unterhielt. «Sich wegen einer Kündigung so aufzuregen!»

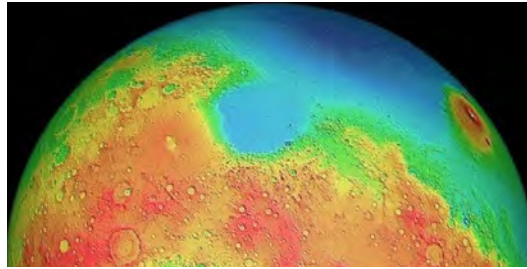
* *Die Meinung des Autors muss nicht der der Redaktion entsprechen.*

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20180726321721923-deutschland-antifaschismus-heute/>

See mit flüssigem Wasser auf dem Mars entdeckt

Sott.net; Mi, 25 Juli 2018 15:21 UTC

Wissenschaftler haben im US-Fachblatt «Science» verkündet, flüssiges Wasser in einem See auf dem Mars entdeckt zu haben. Der See soll sich in etwas 1,5 Kilometer unter dem Eis am Südpol des Mars befinden.



© Credits: MOLA Science Team

In der neusten Studie hat ein Team um Roberto Orosei vom italienischen Nationalen Institut für Astrophysik in Bologna mit dem Bordinstrument Marsis (Mars Advanced Radar for Subsurface and Ionosphere Sounding) die Eiskappen am Mars-Südpol untersucht. Dafür wurden Radiowellen eingesetzt, um die Eismassen zu durchleuchten. Die Forscher haben Daten aus den Jahren 2012 bis 2015 analysiert.

~ RT Deutsch

Laut der AAAS ist damit die Kontroverse über diese Frage beendet:

Damit ist nun laut der Amerikanischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (AAAS) eine jahrzehntelange Debatte über die Existenz von flüssigem Wasser auf dem Mars beendet.

Der Mars ist kälter als die Erde, da er weiter von der Sonne entfernt ist. Im Winter kann die Temperatur auf den Marspolen auf bis zu minus 125 Grad sinken. Um bei dieser frostigen Kälte flüssig zu bleiben, muss der unterirdische See voller Salze sein, die den Gefrierpunkt erheblich herabsetzen können. Magnesium-, Kalzium- und Natriumsalze sind auf dem Roten Planeten weit verbreitet.

~ RT Deutsch

Quelle: <https://de.sott.net/article/32747-See-mit-flussigem-Wasser-auf-dem-Mars-entdeckt>

Der Rechtsstaat kämpft für die Rechtsbrecher

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 29. Juli 2018

Geht es Ihnen auch so? Ich kann den Namen Sami A. nicht mehr hören! Ich kann die besorgten Politikerstatements, allen voran die der Justizministerin, nicht mehr ertragen, die den Untergang des Rechtsstaates behaupten, wenn wir nicht jedem Terroristen, Gewaltverbrecher, Vergewaltiger oder Mehrfach-Kriminellen mit äusserster Nachsicht und Fürsorge begegnen, was Vollalimentierung, Familiennachzug und Schutz vor Abschiebung einschliesst.

Ich empfinde es als einen Affront gegen den Rechtsstaat, wenn ein Leibwächter Bin Ladens bei uns Unterschlupf findet und jahrelang weit über Hartz-IV-Niveau alimentiert wird, obwohl er kein Recht auf Asyl hat. Ich empfinde es als einen Angriff gegen den Rechtsstaat, wenn ein Gericht mit dem Argument, dem Terroristen-Beschützer, der mit hoher Wahrscheinlichkeit in seiner Leibwächterrolle mehr getan hat, als Osama Bin Ladens Händchen zu halten, drohe in seinem Heimatland Folter oder Schlimmeres, seine Abschiebung zu verhindern versucht. Ich empfinde es als Skandal, wenn eben dieses Gericht, obwohl es sein (noch nicht rechtskräftiges?) Urteil nicht rechtzeitig zugestellt hat, in der Öffentlichkeit so aggressiv auftritt, Strafandrohungen verhängt und diese auch aufrechterhält, nachdem der angeblich von Folter Bedrohte wieder auf freien Fuss gesetzt wurde. Welche Folter, in seine Heimatstadt am Mittelmeer zurückkehren zu müssen, die Urlaubsziel vieler Deutscher ist!

Die Berichte über einen mutmasslichen Terroristen beherrschten gestern die Medien. In gefühlt jeder Zeitung, jedem Radiosender, jeder Fernsehstation überschlugen sich die Berichte, wurden «Experten» bemüht. Nicht nur die furchtbaren Richter, auch die ebenso furchtbaren Journalisten scheinen alles in Bewegung setzen zu wollen, um diesen gefährlichen Mann nach Deutschland zurückzuholen. Über einen Terroristen-Beschützer wurde berichtet, als wäre er ein Popstar!

Wo war die Sorge um den Rechtsstaat, als bekannt wurde, dass Asylanträge im BAMF auf Grund nachweislich gefälschter Pässe ausgestellt wurden und vielleicht noch werden? Wo war die Sorge um den Rechtsstaat, als bekannt wurde, dass rechtskräftig abgelehnte und abgeschobene Asylbewerber, darunter auch Straftäter, umstandslos wieder ins Land gelassen werden? Wo ist die Sorge um den Rechtsstaat, wenn immer noch täglich hunderte Migranten ohne Papiere ins Land gelassen werden, obwohl wir bereits hunderttausende Einwanderer hier haben, von denen wir nicht wissen, wer sie sind? Wo ist die Sorge um den Rechtsstaat, wenn man weiss, dass tausende Asylbescheide zu Unrecht ausgestellt wurden, als politisch entschieden wurde, die Bescheide nicht noch einmal zu überprüfen, obwohl es den zu Unrecht anerkannten Asylbewerbern jetzt gestattet ist, ihre Familien nachzuholen, die übrigens in keiner Einwanderungsstatistik mehr auftauchen? Wo ist die Sorge um den Rechtsstaat, wenn ein Gericht entscheidet – wie im Fall des Mörders von Mia –, den Täter nach dem milderen Jugendstrafrecht zu verurteilen, obwohl der Mann deutlich über Mitte zwanzig ist?

Was uns grosse Teile der Justiz und der Medien zumuten, ist eine Pervertierung des Rechtsstaates! Der Rechtsstaat wird vor unseren Augen zum Gesinnungsstaat umgebaut. Wir sollen Gesinnungsurteile für Rechtsstaatlichkeit halten! Während das geschieht, gibt es auf Frankreichs Strassen bürgerkriegsähnliche Szenen, hat Schweden bereits die Kontrolle über mehr als 60 «Problemregionen» verloren, haben wir täglich mit den Auswirkungen der angeblich sinkenden Kriminalitätsrate zu tun.

Deutschlands selbst ernannte «Elite» frönt einem totalitären Humanismus, der ohne Rücksicht auf Verluste und mit äusserster Verachtung für die, «die schon länger hier leben», exekutiert wird. Der Rechtsstaat wird zum Instrument für die Durchsetzung einer Ideologie, die sich, wie alle anderen Ideologien als verheerend herausstellen wird.

Wir sollten nicht länger die Augen und die Ohren davor verschliessen!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/07/29/der-rechtsstaat-kaempft-fuer-die-rechtsbrecher/>

«Selten wurde so viel Vermögen in Friedenszeiten vernichtet» – Wissenschaftler rechnet mit Merkel ab

Von Andreas Lilge; Aktualisiert: 31. Juli 2018 9:49

Daniel Stelter, Wirtschaftswissenschaftler und langjähriger Mitarbeiter der Boston Consulting Group zieht eine wirtschafts- und sozialpolitisch verheerende Bilanz von 13 Jahren Merkelregierung.



Angela Merkel, als Physikerin vielleicht gut. Als richtlinienbestimmende Kanzlerin in Wirtschaftsfragen verheerend.

Foto: über dts Nachrichtenagentur

Wirtschaftswissenschaftler Daniel Stelter rechnete im «Cicero» nach 13 Jahren Merkel mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik und den Auswirkungen der Migrations- und Europapolitik ab.

Stelter listet verschiedene Punkte auf, die schon jetzt zur Vernichtung von Milliarden Euros geführt haben, Investitionen verhinderten, oder die Bürger mit unnötig hohen Kosten belasteten. Er schätzt die Belastungen, welche die Merkel-Regierung Deutschland schon jetzt unnötig aufgebürdet hat, auf ein Volumen von mehr als vier Billionen Euro, dazu kämen noch weitere Kosten und Belastungen, die sich jetzt noch nicht einmal genau beziffern lassen, die aber die kommenden Generationen als Folge erben würden.

Noch sieht es gut aus ...

Dass Deutschland derzeit noch relativ gut dasteht und stabil erscheint, ist nach Meinung von Stelter nur ein Zustand auf Zeit. Wenn die Eurorettungskonstruktionen sich nicht mehr aufrechterhalten lassen, wird schnell offenbar werden, dass der vermeintliche Reichtum Deutschlands nur daraus resultiert, dass alle Welt bei Deutschland anschreiben lässt. Doch wenn die Wechsel platzen, wird es schnell eng werden.

Einer der Hauptkritikpunkte Stelters ist denn auch die Unterstützung der Bundesregierung für die fatale Eurorettungspolitik der EZB. Nullzinsen, Griechenlandrettung (als Folge der Eurokonstruktionsfehler), ungebremster Aufkauf (eigentlich ungedeckter) Staatsanleihen von Krisenländern sowie das Target2-System, das keinen Anreiz für wirtschaftlich schwache Länder schafft, Reformen durchzuführen. Allein die jetzt schon vorhandenen Salden, die wahrscheinlich nie bedient werden, führen für Deutschland zu Verlusten in Billionenhöhe.

Je länger der Euro künstlich am Leben gehalten wird, desto teurer wird es. Denn die jetzige Politik der EZB führt nur zur weiteren Verschuldung. Steigen die Zinsen doch wieder, werden gerade die Banken in den Krisenländern, die auf vielen faulen Krediten sitzen, als erste zusammenbrechen, und das sind nicht die kleinen griechischen, sondern die italienischen Banken, bei denen es um relevante Summen geht. Letzten Endes führt das auch zum Wegbrechen der von Deutschland gesicherten Kredite.

Aber auch ein schnelles Ende des Euro wäre für Deutschland teuer, denn auf einen Ausgleich der Eurosalden braucht man nicht zu bauen. Insgesamt wäre ein klarer Schnitt mit Belastungen in geschätzter Höhe von zwei Billionen Euro für Deutschland wahrscheinlich günstiger. Doch mit Kanzlerin Merkel und der von ihr zur Zustimmungsmaschine zurechtgestutzten CDU würde das wohl kaum zu machen sein.

Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit

Ein weiterer Vorwurf heisst, dass unter Kanzlerin Merkel viel zu wenig Geld und Ideen in die Zukunftssicherung geflossen sind. Als da wären, Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur allgemein. Ausreichende Mittel und Beihilfen für die Länder, um Schulen und Kinderbetreuung mit ausreichend und angemessen bezahltem Personal zu versehen. Reform des Steuerwesens (siehe dazu die Diskussionen Einkommenssteuerhöchstsatz 42% vs. Kapitalertragssteuer 25%) und des Sozialversicherungssystems insbesondere der Altersvorsorge (man könnte sich da an der Schweiz orientieren) sind dringend notwendig.

Doch anstatt in Reformen, die die Grundlagen des Staates erhalten (Familien mit Kindern, die man sich leisten kann und will, Schulen, in denen ganz klassisch gelehrt wird und in denen die Grundlagen der eigenen Kultur erlernt werden können, ein Steuer- und Sozialversicherungssystem, das auch kleinen Betrieben erlaubt, ihre Vollzeitnehmer so zu bezahlen, dass sie sich und ihre Familien davon ernähren können), wird viel Geld in die Zerstörung der industriellen Struktur gesteckt durch unsinnige CO₂-Beschlüsse, die keiner einhält, aber für die teure Emissionsrechte gekauft werden müssen, Zerstörung der funktionierenden Energieversorgungssysteme und Ersatz derselben durch hoch subventionierte, unzuverlässig funktionierende – und gerade dann, wenn man sie braucht, kaum Energie liefernde – sogenannte erneuerbare Energien.

Elektromobilitätsförderung, die durch den dafür benötigten Strom und seine Speicherung grössere Umweltschäden anrichtet als die klassischen Motoren. Förderung und Propagierung von sexuellen Verhaltensmustern und Lebensweisen, die keinen Nachwuchs hervorbringen und in Relation zur Gesamtbevölkerung überproportional viele Mittel, um das auch noch zu fördern, verschlingen.

Als zusätzlicher Punkt und als i-Tüpfelchen auf die verfehlte Sozialpolitik kommt der Massenimport von Millionen zu 50 Prozent aus Analphabeten bestehenden muslimischen Migrantinnen. Wenn sie sich ähnlich wie frühere Migrantinnen integrieren würden, würde das Deutschland etwa 900 Milliarden Euro kosten. Aufgrund der aktuellen Umstände und den schlechten Aussichten für eine Integration in den Arbeitsmarkt ist wohl eher mit Kosten, die 1500 Milliarden Euro übersteigen, zu rechnen. Von dem sozialen Sprengstoff, den das birgt, braucht man dabei gar nicht zu reden, da gerade die aktuell ins Land kommenden Muslime eher Islam (Unterwerfung) als Integration im Sinn haben.

Die Bilanz ist schon unter Annahme günstiger Bedingungen verheerend. Schätzte Stelter die noch auf uns zukommenden Kosten für die Energiewende auf 500 bis 1000 Milliarden Euro, so verdoppelte die FAZ in ihren Einschätzungen die Kosten noch, abgesehen davon, dass die Deutschen europaweit jetzt schon am meisten für Strom zahlen.

Interessante Reaktion ehemaliger Merkelunterstützer

Der Artikel war es der Huffington Post wert – die als Blatt aus dem Burda-Verlag bisher nicht gerade durch Kritik an Merkel aufgefallen ist – ihn seinem Sinn nach zusammenzufassen. Eine spürbare Kritik war nicht zu spüren, nur der dezente Hinweis, dass manches im Detail auch anders gesehen werden könnte. Ganz ohne

Denkhilfe wollte man den Leser nicht lassen, denn der ‹Cicero› wird von der ‹Huffington Post› als ehemals konservativ, nun aber eher rechtspopulistisch eingestuft. Doch scheint auch Burda nun das sinkende Merkschiff verlassen zu wollen, denn sachlich hatte man an Stelters Artikel wohl nichts auszusetzen. Es kam sogar der Hinweis, dass selbst die ‹New York Times› Merkels Reformunwillen für gefährlich hält und führende Unternehmer, laut ‹NYT›, sagten: «Sie beobachten etwas, das sie als Rückkehr zum erstarrten Deutschland der Vergangenheit erleben, unter einer unbeliebten Regierung ohne Ideen.»

Den Artikel in der ‹Huffington Post› kommentierte Stelter auf seinem Blog ‹beyond the obvious›.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/selten-wurde-so-viel-vermoegen-in-friedenszeiten-vernichtet-wissenschaftler-rechnet-mit-merkel-ab-a2505920.html>

Putin warnt direkt vor dem Tiefen Staat: «Es gibt Kräfte in den USA, die sind ziemlich mächtig und stark»

Jörg Klingebach; Sott.net; Mo, 30 Juli 2018 11:36 UTC

Wie wir in unserer letzten Radio-Show besprochen, war das Treffen zwischen Putin und Trump ein grosser Erfolg für die beiden mächtigsten Länder. Dabei redeten die beiden Präsidenten unter vier Augen und ohne störende Berater, wo Putin wahrscheinlich wichtige Informationen an Trump weitergeben konnte, deren Trump sich selbst vielleicht nicht ganz bewusst ist.

Zwei Tage nach dem Treffen hielt Putin eine Rede vor den Botschaftern und ständigen Vertretern Russlands im Aussenministerium in Moskau. Dabei bezog er sich ausserhalb des Protokolls direkt auf den ‹Tiefen Staat› und richtete direkte Worte an die Vertreter von Russland. Dazu eine Zusammenfassung von RT:

[...] Er sprach über ‹Kräfte› in den Vereinigten Staaten, die versuchten, die russisch-amerikanischen Beziehungen eigenmächtig zu untergraben und kritisierte diese scharf. Der russische Präsident sagte:

«Ich verlasse nun das Protokoll und möchte ein paar persönliche Worte sagen. [...] **Wir sehen, dass es in den USA Kräfte gibt, die auf Knopfdruck bereit sind, die russisch-amerikanischen Beziehungen für ihre innenpolitischen Ambitionen in Amerika zu opfern.** ... In den USA sehen wir, dass es Kräfte gibt, die ihre Gruppen- und Parteiinteressen über die nationalen Interessen insgesamt stellen. Unsere berühmten satirischen Schriftsteller haben schon über solche verabscheuungswürdigen, erbärmlichen Menschen geschrieben. Aber ganz so ist es in diesem Fall nicht, diese Menschen sind weder verachtenswert noch erbärmlich, im Gegenteil, sie sind **ziemlich mächtig und stark, wenn sie in der Lage sind, Millionen von Menschen solche schwer verdaulichen Geschichten zu verkaufen.**»

In seiner Rede betonte Putin auch die Notwendigkeit, ‹die Beziehungen zur Europäischen Union zu entwickeln›, trotz der derzeitigen politischen Spannungen. Er sagte auch, dass jedes Land, das versucht, die Ukraine oder Georgien in den Einflussbereich der NATO einzubeziehen, ‹an die möglichen Folgen dieser Verantwortungslosigkeit denken sollte›.

~ RTDeutsch

Quelle: <https://de.sott.net/article/32768-Putin-warnt-direkt-vor-dem-Tiefen-Staat-Es-gibt-Kraefte-in-den-USA-die-sind-ziemlich-maechtig-und-stark>

Italien weigert sich, Militärausgaben zu erhöhen

Sott.net; Mo, 30 Juli 2018 08:15 UTC

Der italienische Aussenminister Enzo Moavero Milanesi hat laut Angaben von ‹RT Deutsch› angekündigt, die Verteidigungsausgaben im nächsten Jahr zu senken, anstatt sie zu erhöhen, wie Washington es durch Trump gefordert hat.

Rom gibt derzeit 1,15 Prozent seines BIP für Verteidigung aus und liegt damit weit hinter den von Washington geforderten zwei Prozent zurück. Italiens Verteidigungsausgaben werden nächstes Jahr leicht sinken, sagte Aussenminister Enzo Moavero Milanesi am Donnerstag.

~ RT Deutsch



Diese Aussage Milanesis widerspricht früheren Versprechungen der italienischen Regierung. Noch Ende Juni beteuerte die italienische Verteidigungsministerin Elisabetta Trenta dem US-Verteidigungsnachrichtenportal «Defense News» in einem Interview, das sie gegenüber dem US-amerikanischen Sicherheitsberater John Bolton bekräftigte, wonach Rom das Ziel der NATO, zwei Prozent des BIP auszugeben, erreichen wolle.

~ RT Deutsch

Von Trenta wurde jedoch kein Zeitrahmen genannt, was also nicht unbedingt für die Nicht-Erfüllung dieser Erhöhung in der Zukunft sprechen muss. Da die NATO genauso absolut und gefährlich ist wie die Machtspielchen der westlichen Eliten, angeführt von Israel und Amerika, wäre eine Verringerung dieser Ausgaben in der Tat nicht nur sinnvoll, sondern richtig. Noch sinnvoller wäre es jedoch, sich aus der NATO zu verabschieden und somit auch die Einmischung des US-Imperiums in die eigenen Angelegenheiten zu verringern.

Quelle: <https://de.sott.net/article/32766-Italien-weigert-sich-Militarausgaben-zu-erhoehen>

WWF: Erdressourcen bereits komplett aufgebraucht

14:15 1.8.2018 (aktualisiert 15:07 1.8.2018)



© AFP 2018 / Pressens Bild/ Lars Astrom

Die Menschen haben die natürlich verfügbaren Ressourcen der Erde für dieses Jahr bereits komplett aufgebraucht und müssen ab jetzt Vorräte anzapfen. Der sogenannte Erdüberlastungstag (Earth Overshoot Day) fällt in diesem Jahr nach Angaben der Umweltschutzorganisation WWF auf den heutigen Mittwoch.

Der Ökoschuldentag, an dem die menschliche Nachfrage an natürlichen Ressourcen das Angebot und die Kapazität der Erde zur Erneuerung dieser Ressourcen übersteigt, wird eigentlich jährlich errechnet. Doch noch nie hat die Menschheit so früh begonnen, den Rest des Jahres auf Öko-Pump zu leben.

In den 1970er Jahren entfiel der «Earth Overshoot Day» auf Dezember, in den 2000ern auf Oktober, im vergangenen Jahr bereits auf den 2. August.

Umweltschützer bestimmen jährlich den Erdüberlastungstag, indem sie den Verbrauch von Holz, Tieren, Boden und anderen Rohstoffen sowie den CO₂-Ausstoss in Betracht ziehen. Das Ziel ist es, einen schonenderen Umgang mit natürlichen Ressourcen anzumahnen.

«Die anthropogene Belastung zu reduzieren und den Ökoschuldentag näher zum Jahresende zu verschieben – das steht in unserer Macht», sagte WWF-Sprecher Pawel Bojew. «Heute werden rund 30 Prozent aller Lebensmittel weggeworfen. Könnten wir diesen Anteil halbieren, würde der Erdüberlastungstag elf Tage später eintreten.»

Quelle: <https://de.sputniknews.com/panorama/20180801321794344-erdressourcen-komplett-aufgebraucht/>

Anmerkung: Ursächlich schuld am Desaster ist die Missachtung des schöpferisch-natürlichen Kausalitätsgesetzes durch die Erdenmenschheit. Würde sie sich an das natürlich vorgegebene Idealmaß der Bevölkerung von 529 Millionen Menschen halten und die Geburtenrate entsprechend regulieren, wäre es nie zur Totalausbeutung

der Lebensgrundlagen gekommen. Auch eine Gesamt-Erdbevölkerung vom 1,5 Milliarden Menschen wäre von der Natur und vom Planeten noch verkraftbar. Inzwischen ist die Menschheit unserer Erde nach Angaben der Plejaren am 31.12.2017 (Mitternacht) bei 8 844 128 002 Menschen angekommen. Werden rigorose Geburtenregelungen – beginnend mit einem weltweiten Geburtenstopp – nach den von der FIGU beschriebenen Richtlinien jetzt nicht eingeführt, dann wird die Erdbevölkerung in Zukunft einer alten Prophetie gemäss diese Massnahmen unter Zwang einführen und vielleicht sogar das Zeugen von Kindern unter Androhung der Todesstrafe verbieten. Der Mensch der Erde sollte endlich seinen Verstand und seine Vernunft nutzen und sein Überleben selbst in die Hand nehmen.

Bitte lesen Sie hierzu den FIGU-Artikel «Bevölkerungswachstum ohne Ende? – Schluss mit dem Tabu!» bei <http://www.figu.org/ch/verein/periodika/sonder-bulletin/2008/nr-41/bevoelkerung>.

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: Freie Interessengemeinschaft für Grenz- und Geisteswissenschaften, Wassermannzeit-Verlag, 8495 Schmidrüti, Schweiz; PC 80-13703-3; IBAN CH06 0900 0000 8001 3703 3; BIC POFICHBEXXX

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2018

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz